

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Paul Baber, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Hermann Barbaum, Magdeburg. Druck von Franz Wetzer, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1587. Redaktion: Dr. Mühlstraße 3, Fernsprecher 961.

Abonnementpreis: Vierteljahrs 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. (in der Provinz und den Auslandsländern einschließlich Postgebühren). Einzelhefte 2 Pf. monatlich 70 Pf. (in der Provinz und den Auslandsländern einschließlich Postgebühren). Einzelhefte 2 Pf. monatlich 70 Pf. (in der Provinz und den Auslandsländern einschließlich Postgebühren). Einzelhefte 2 Pf. monatlich 70 Pf. (in der Provinz und den Auslandsländern einschließlich Postgebühren).

Nr. 11.

Magdeburg, Freitag den 13. Januar 1905.

16. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Das Dessauer Zuchthausurteil.

Verhandlungen des Oberkriegsgerichts Magdeburg.

Magdeburg, 11. Januar 1905.

(Nachmittags-Sitzung.)

In der Nachmittags-Sitzung wird mit der Zeugenübernehmung

fortgefahren. Erste Zeugin ist die Frieda Regel, das Mädchen, das mit Günther an dem verhängnisvollen Abend das Tanzlokal besucht hat. Die Zeugin, ein hübsches, schlankes Mädchen, erzählt die Vorgänge, die sich im und vor dem Lokal abspielten. Sie war mit Günther in Ziebigk auf dem Tanzboden. Seine kam vor dem Lokal zur Zeugin und stieß sie an, weil sie nicht „Guten Abend!“ gesagt hatte. Günther stellte den Unteroffizier deshalb zur Rede. Es entstand ein Streit, in dessen Verlauf seine mit dem Seitengewehr um sich schlug. Voigt schlug dabei den Unteroffizier um und hielt das Seitengewehr des seine fest, das er ihm entwandt. Darauf lief Voigt weg, von seine verfolgt. Der letztere erhielt dann sein Seitengewehr wieder, zog es blank und schlug auf die Frieda Regel ein, die ein zerrissenes Kleid und eine Wunde am rechten Bein davontrug und vor Schmerz laut aufschrie. Von dem Streite, der sich darauf zwischen dem Unteroffizier seine und dem Gefreiten Günther entwickelte, vermag die Zeugin kein klares Bild zu geben. Der Verhandlungsleiter versucht an Hand einer Ansichtskarte, auf der sich das Lokal, in dem der Streit seinen Anfang nahm, besand, genau festzustellen, wie der Streit begann und sich fortsetzte, allein ohne sonderlichen Erfolg. Die Zeugin ist ziemlich verlegen und macht widersprechende Angaben.

Auf eine Frage des Verteidigers Rechtsanwält Guttman, erklärt die Zeugin, sie habe den Gruß des seine nicht beantwortet, weil sie an seiner Sprache erkannte, daß er sehr betrunken war und ihr grob entgegentrat.

Die nächstfolgende Zeugin, Lina Albrecht, befand sich in der Gesellschaft der Regel. Sie schildert die Vorgänge ähnlich wie die Vorzeugin. Nach ihrer Aussage zog seine sofort das Seitengewehr und rief: „Zehn Schritte vom Leibe weg!“ als ihn Voigt zuerst zur Rede gestellt hatte. Voigt hielt das Seitengewehr des seine fest, darauf entriß seine dem Voigt dessen Seitengewehr und lief fort. Günther und Voigt folgten dem seine. Ersterer hielt den Unteroffizier fest, nachdem er ihn erreicht hatte, und letzterer entriß ihm sein Seitengewehr. Voigt hielt nun zwei Seitengewehre in den Händen; es wurde ein Streichholz angezündet, um an den Nummern die Eigentümer der Seitengewehre festzustellen, dann erhielt seine sein Seitengewehr zurück, worauf dieser die Frieda Regel schlug. Infolge dieses Schlags gerieten nun Günther und seine zusammen. Die Zeugin hat gesehen, daß Günther blutete, vermag aber auch keine genaue Schilderung der lesterwähnten Rauferei zu geben. Ob Voigt dabei zugegen war, weiß sie nicht.

Zeuge Wilhelm Schiele aus Wallenstedt soll darüber aussagen, ob seine früher schon einmal in Wallenstedt Streitigkeiten gehabt habe, die ihren Ausgangspunkt in Streitigkeiten mit Mädchen gehabt haben. Er schildert einen kleinen Streit, den er selbst zu Weihnachten 1903 mit seine hatte. Auch dabei zog seine gegen unbeteiligte blank. Mädchen spielten jedoch keine Rolle bei dem bedeutungslosen Vorgang.

Zeuge Lehrer August Ehrhardt aus Ziebigk soll über den Leumund und die Fähigkeiten eines Hauptzeugen, des später zu vernehmenden Drog ein Urteil abgeben. Er schildert den Zeugen Drog als schwach befähigt mit mangelhaftem Auffassungsvermögen. In der Schule hat er nichts geleistet. Daß Drog als Schuljunge lügnhaft oder zu Uebertreibungen geneigt gewesen sei, will der Zeuge nicht behaupten.

Der Zeuge Wilhelm Wurzel, ein Rentier aus Ziebigk, war früher Nachbar der Familie Drog. Er hat den Zeugen Drog nur der Schulzeit oft beobachtet und hält ihn „für zeitweise nicht ganz klar“, was er damit begründet, daß Drog heute noch sein Bett zu verunreinigen pflegt und nur sehr mangelhafte Arbeiten liefert.

Nächster Zeuge ist der

Zeuge Drog.

Er ist 18 Jahre alt und macht keinen besonders intelligenten Eindruck. Der körperlich schwach entwickelte junge Mann arbeitet jetzt in einem Folgegeschäft und war am 28. August in Ziebigk im Lokal von Anstich. Als er das Lokal verließ, kamen zwei Soldaten aus dem Lokal, dann zwei Mädchen und dann ein Unteroffizier. Mit Sicherheit vermag der Zeuge jedoch nicht anzugeben, daß die drei Soldaten mit den Angeklagten identisch sind. Der Unteroffizier grüßte die Mädchen, eines derselben dankte, das andre nicht. Der Zeuge schildert die weiteren Vorgänge im Gegensatz zu den Mädchen

Regel und Albrecht. Nicht der Unteroffizier, sondern ein oder zwei Soldaten seien wegelaufen, gefolgt vom Unteroffizier, der rief: „Mein Seitengewehr, mein Seitengewehr!“ Als die drei Soldaten zum Stehen gekommen waren, forderten sie den Zeugen Drog auf, ein Streichholz anzuzünden, um die Seitengewehre an den Nummern erkennen zu können. Als jeder der beteiligten drei Soldaten wieder im Besitz seiner Waffe war, schlug der Unteroffizier nach einem Mädchen, dieses rief: „Auf, worauf einer oder beide Soldaten über den Unteroffizier herfielen und ihm die Hände festhielten. Ob nur ein oder zwei Soldaten mit dem Unteroffizier zu tun hatten, und ob der letztere nur festgehalten oder auch geschlagen wurde, vermag der Zeuge nicht genau anzugeben. Ein Soldat hat am Kopfe geblutet infolge eines Schlags, den ihm der Unteroffizier versetzte, als er sich vom Boden, wo er festgehalten war, wieder erhoben hatte.

Der Verhandlungsleiter hält dem Zeugen, auf dessen Aussage das Urteil erster Instanz basiert ist, vor, daß er vor dem Dessauer Kriegsgericht ausgesagt habe, zwei Soldaten, ein Gefreiter und ein Musikant, seien über den auf der Erde liegenden Unteroffizier hergefallen und hätten ihn verprügelt. Der Zeuge bleibt aber bei seiner heutigen, unbestimmten Aussage. Je mehr er gefragt wird, desto konfusser werden die Aussagen dieses Hauptbelastungszeugen, der vom Verhandlungsleiter schließlich mit dem Rate entlassen wurde, sich draußen zu ergehen und sich zu überlegen, wie es komme, daß seine heutigen Angaben im Widerspruch mit denen in der vorigen Sitzung stehen.

Zeuge von Schlieben, der Hauptmann der Angeklagten Günther und Voigt, stellt beiden ein vorzügliches Zeugnis aus. Sie seien beide sehr gute Soldaten gewesen, die weder dienstlich noch außerdienstlich Anlaß zu Klagen gegeben hätten. Auch Voigt wäre Gefreiter geworden, wenn für ihn noch eine Stelle frei gewesen wäre. Auf Befragen des Verhandlungsleiters Art der Zeuge daß er weder Günther noch Voigt der Tat für schuldig halte, der man sie beschuldige.

Der Zeuge Oberleutnant von Prellwitz war der Vorgesetzte des Unteroffiziers seine. Ihm hatte seine zuerst Meldung von den Vorfällen erstattet. Das Erinnerungsvermögen des Unteroffiziers über die Vorfälle der Nacht war aber stark getrübt, er gab zu, daß er sinnlos betrunken gewesen sei und habe nicht mehr gemerkt, mit welchen Personen er das Rencontre hatte.

Sergeant Karl Stein war in der Nacht zum 28. August mit seine in Ziebigk. Er traf seine nach dem Vorfall auf der Straße und rief ihm, nach Hause zu gehen. seine machte einen sehr aufgeregten Eindruck, daß er betrunken war, habe man ihm nicht zugemerkelt seine sei bei seinen Kollegen nicht beliebt gewesen und immer seine eignen Wege gegangen, auf denen ihn die übrigen Unteroffiziere nicht folgen wollten.

Die Zeugin Marie Lausch war vom Fenster ihrer Wohnung nur Zuschauerin des Streites. Sie hörte ein Mädchen „Au!“ rufen, sah das Ausblitzen eines Streichholzes und hörte etwas von einer Prügelei. Von den Personalien der Beteiligten kann sie keine näheren Angaben machen.

Zeuge Friedrich Schudert hat gesehen, daß der Unteroffizier seine mit dem Seitengewehr in der Hand angelaufen kam und ein Mädchen schlug, das darauf „Au!“ rief. Andre Personen will er nicht gesehen haben.

Eine Reihe Zeugen, die nun vernommen werden machen nur ganz belanglose Aussagen.

Nochmals der Zeuge Drog.

Zum Schluß der Beweisaufnahme wird der Hauptzeuge Drog noch einmal vernommen. Zeuge erklärt, daß seine erste Aussage in Dessau richtig gewesen sei. Daß die beiden Angeklagten Günther und Voigt über den Unteroffizier hergefallen seien, kann Zeuge nicht mehr bestätigen. Seine weiteren Aussagen zeitigen derartige Widersprüche, daß der Rechtsanwalt Czernikow die Nichtvereidigung beantragt.

Rechtsanwalt Guttman stellt dem Gericht anheim, in eine Beratung darüber einzutreten, ob der Zeuge zu vereidigen ist.

Rechtsanwalt Dr. Eberhard ist im Interesse des Angeklagten seine für Vereidigung.

Der Vertreter der Anklage ist für Nichtvereidigung. Drog sei ein Mensch, der die Wahrheit sagen will, aber durch sein geringes Beobachtungsvermögen daran gehindert wird.

Um 8 Uhr zieht sich der Gerichtshof zurück, um die gestellten Anträge zu beraten.

Nach ½ stündiger Beratung teilt der Verhandlungsleiter mit dem Gericht habe beschlossen, den Zeugen Drog nicht zu vereidigen. Ferner ist der Beschluß gefaßt, sämtliche Kriegsgerichtsrate erster Instanz als Zeugen zu laben, um die Widersprüche, die zwischen den Aussagen der Angeklagten und den vorhandenen Protokollen der ersten Instanz bestehen, aufzuklären. Zu diesem Zweck wird die Verhandlung bis auf Sonnabend den 14. Januar, vormittags 9 Uhr, vertagt. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 12. Januar 1905.

Der Königsberger Prozeß im Reichstage.

Der Reichstag trat am Mittwoch in die zweite Berathung des Etats ein. Seinen eignen Etat erledigte er ohne Debatte; nicht einmal die schmerzliche Diätenfrage wurde von einem der Abgeordneten berührt. Um so lebhafter setzte die Berathung des Etats bei einer von den freisinnigen Abgeordneten Resolution über die Fremdenrecht in Deutschland und die Gegenseitigkeitsverträge, insbesondere der mit Rußland, ein.

Sie gab dem Genossen Haase, einem der Verteidiger im Königsberger Prozeß, zum ersten Male nach der Aufhebung des Aktienankers im öffentlichen Gerichtsverfahren Gelegenheit, alle die Ungehuerlichkeiten, die die Regierung und die Justizbehörden sich im russischen Dienst geleistet haben, im Parlament des allgemeinen Wahlrechts zu beleuchten. Vor allem stellte er das eine fest, was stets im Auge behalten werden muß, um die völlige Niederlage der Bülow-Hammerstein-Schönstedt festzunageln, daß sie, die zuerst im Vorjahr sich als Staatsretter gegenüber den anarcho-sozialistischen Hochverrätherischen Geheimbünden aufgespielt haben, jetzt dem Prozeß jede politische Bedeutung zu nehmen suchen und alles, was da vorgefallen ist, auf das juristische Gebiet hinüberzchieben möchten. Als ob nicht gerade deswegen die Staatsanwaltschaft und das Gericht sich zu juristischen „Sonderbarkeiten“ hergegeben habe, weil es sich um einen politischen Tendenzprozeß handelte. Nun um Rußland einen Dienst zu leisten, hat man deutsche Staatsbürger ins Gefängnis gesteckt, hat der Staatsanwalt den Fokus eventualissimus soweit gereckt, daß jeder, der einem nicht bestehenden Geheimbund angehört, für alle Schriften verantwortlich sein sollte, die von einem Mitglied des Geheimbundes nicht etwa verbreitet, sondern jemals in die Wohnung aufgenommen worden sind. Nur deshalb hat man die an sich schon recht ungünstige Stellung des Verteidigers so tief herabgedrückt, daß man ihm nur 5 Tage Zeit zur Durcharbeitung einer Anklageschrift von 225 Schreibmaschinen-Seiten gelassen hat; nur deshalb hat man ihm nie, auch bis zum letzten Tage nicht, eine Uebersicht über das Beweismaterial gegeben.

Wenn hätte wohl bei einem unpolitischen Prozeß, der nur juristisches Interesse hat, ein Erster Staatsanwalt in die Akten geschrieben, daß der Herr Justizminister ein besonders hohes Interesse an diesem Prozeßverfahren nähme? Zudem die Regierung den politischen Charakter des Prozeßes leugnet, entzieht sie sich selbst das Argument, mit dem sie einst im Landtag bei den bürgerlichen Parteien so großen Erfolg erzielte und gesteht ein, daß sie sich bis auf die Knochen blamiert hat — wenn auch der Präsident im deutschen Reichstag nur zu sagen erlaubt, daß sie sich nicht schämen blüggelacht habe. Ihre russische Politik hat Rußland mit Fällung der Uebertragung der Strafgesetzbuch-Vorarbeiten, mit der Verhöhnung der Gesuche um Zeugenerklärung belohnt, und die preussische Regierung hat sich bewacht als Verteidiger eines autokratischen Systems, das wie in Rußland selbst schon aufs tiefste erschüttert ist und dem das Gepeinst einer erlösenden Revolution im Lande selbst immer näher rückt.

Genosse Bernstein ergänzte diese Ausführungen Haases durch einen Vergleich des deutschen Fremdenrechts mit demjenigen fortgeschrittener Rechtsstaaten, wie England oder Dänemark. So hat er zutage, daß Deutschland in allen Fragen wirklichen Kulturfortschritts weit zurücksteht in der Welt, auch wenn es am raschesten ist in der Verleihung von Orden an fremde Generale.

Die schwer angegriffene Regierung verteidigte ihren Staatssekretär Dr. Lieberding, den selbst ein bürgerlicher Abgeordneter als höchst unzulänglichen Vertreter charakterisieren mußte. Wie die Hauptschuldigen, der Reichsfinanzminister, der preussische Justizminister und der preussische Polizeiminister, es vorgezogen hatten, der Beratung überhaupt fern zu bleiben, so flüchtete sich Dr. Lieberding hinter den Vorwand, daß er nicht über einen noch bestehenden Prozeß sprechen wolle. Dabei hat sich knapp vor einem Monat Minister Schönstedt nicht etwa über die schon jetzt kritikfreie Einleitung des Verfahrens, sondern über das noch angefochtene Urteil des langen und breiten ausgelassen — allerdings im sozialistischem Landtag.

Die von den freisinnigen Abgeordneten vorgelegte Resolution, die eine verfassungsmäßige reichsgesetzliche Regelung der Gegenseitigkeitsverträge und des Fremdenrechts nach halbwegs modernen und kulturellen Prinzipien forderte, fand denn auch nur in dem konservativen Redner, dem Abg. Simburg, einen halben Gegner. Außer den Antrag-

H. Lublin

Inventur-Räumungs-Verkauf

Mittwoch

Donnerstag

Normal-Unterwäsche

1500 Herren-Hemden aus Bigogne Länge 90 95 cm
Inventur-Preis 70 80

2000 Herren-Hemden aus schwerer Bigogne Länge 90 95 100 105 cm
Inventur-Preis 1.00 1.10 1.20 1.30

2500 Herren-Hemden Halbwolle Länge 90 95 100 105 cm
Inventur-Preis 1.45 1.55 1.65 1.75

2500 Herren-Hemden Halbwolle schwere Qualität Länge 90 95 100 105 cm
Inventur-Preis 1.85 2.05 2.25 2.45

350 Herren-Jacken Halbwolle, schwere Qualität mittel groß extra groß
Inventur-Preis 1.45 1.65 1.85

1250 Herren-Hosen Bigogne klein mittel groß extra groß
Inventur-Preis 55 65 75 85

1250 Herren-Hosen aus schwerer Bigogne klein mittel groß extra groß
Inventur-Preis 95 1.05 1.15 1.25

800 Herren-Hosen Halbwolle, schwere Qualität klein mittel groß extra groß
Inventur-Preis 1.60 1.80 2.00 2.20

300 Paar Herren- u. Damen-Hosen 85
Trikot, gefüttert, in allen Größen

2000 Paar Herren- u. Damen-Hosen 1.35
Trikot, mit prima weißem, eingewebtem Futter in allen Größen

250 Damen-Hosen Bigogne mittel und groß Inventur-Preis 1.10

800 Damen-Hosen Halbwolle, extra schwer mittel groß extra groß
Inventur-Preis 1.50 1.70 1.90

850 Damen-Jacken Bigogne klein mittel groß
Inventur-Preis 40 45 50

500 Damen-Jacken Bigogne, extra schwer klein mittel groß
Inventur-Preis 75 85 95

600 Damen-Jacken Halbwolle, extra schwer klein mittel groß
Inventur-Preis 1.15 1.30 1.45

3500 Damen-Untertalben Trikot, gefüttert klein mittel groß extra groß
Inventur-Preis 55 65

1250 Kinder-Leibhöschen rosa gefärbt Länge 60 cm 80 90 100 cm
30 50

350 Kinder-Leibhöschen Trikot, gefüttert Länge 60 cm 90 und 100 cm
35 65

1050 Normal-Mädchen- u. Knabenhemden Wolle Länge 65 75 85 cm 60 u. 30 %
1.25 1.75 2.25

Pelzwaren

Kanin-Kolliers Wert 1.10 1.35 1.80
Inventur-Preis 65 90 1.15

Sealbisam-Kolliers Wert 5.50 9.50 10.50 11.50
Inventur-Preis 3.75 6.75 7.00 8.00

Nutria-Kolliers Wert 3.00 3.25 6.50
Inventur-Preis 1.75 2.00 4.25

Nutria-Kanin Wert 1.50
Inventur-Preis 1.20

Nerz-Murmeltier Wert 3.00
Inventur-Preis 1.75

Pelzkrawatten Neuheit
Kanin rasé Wert 4.00 6.75 Nutria Wert 5.75
Inventur-Preis 2.75 4.50 4.00

Astrachan-Stolas Wert 3.00 6.00
Inventur-Preis 1.75 3.00

Kanin-Muffen Wert bis 4.00 Inventur-Preis 75-2.25

Rasé-Kanin-Muffen Wert bis 6.00 Inventur-Preis 1.50-3.75

Sealbisam-Muffen Wert bis 12.50 Inventur-Preis 4.50-8.00

Murmeltier-Muffen Wert bis 4.50 Inventur-Preis 2.25-3.00

Nutria-Muffen Wert bis 10.00 Inventur-Preis 2.75-7.00

Chinchilla-Muffen imitiert Wert bis 6.00 Inventur-Preis 3.25-4.00

Natur- u. Nerzbisam-Muffen Wert bis 6.00 Inventur-Preis 4.50-3.50

Taschen-Muffen Nutria Wert bis 12.00 Inventur-Preis 5.00-8.50

300 Lammfell-Boas weiß und grau Länge 75 90 135 150 175 cm
Inventur-Preis 30 40 1.00 1.25 1.50

100 weiße Chandella-Boas 120 u. 125 cm lang
Inventur-Preis 1.25 u. 1.00

Nutria-Barettts Wert bis 6.00 Inventur-Preis 1.50

Kinder-Muffen schwarz Kanin mit Falchen Wert 90 Pf Inventur-Preis 65

Kinder-Muffen schwarz Krimmer Wert 85 1.35 2.00
Inventur-Preis 50 90 1.25

Knaben- und Herren-Kragen Kanin Wert 1.30 1.80 3.25
Inventur-Preis 90 1.20 2.00

Knaben-Kragen Murmel 1.50 2.00
Nutria 2.00

Herren-Kragen Kanin rasé 3.00
Nutria 6.00 7.50

Echt Astrachan- und Persianer-Stolas	Wert 115.00 75.00 62.00 50.00 40.00 30.00 18.00 10.00	Inventur-Preis 85.00 60.00 50.00 40.00 30.00 18.00 10.00
Echt Skunks-Stolas	Wert 64.50 76.50	Inventur-Preis 50.00 60.00
Echt Nerz-Stolas	Wert 43.50 50.00	Inventur-Preis 30.00 36.00
Echt Seal-Kanin-Stolas	Wert 16.50 15.50	Inventur-Preis 10.00 12.00

Echt Skunks-Muffen	Wert 35.00 33.00 26.50 24.50	Inventur-Preis 25.00 22.50 19.00 17.50
Echt Persianer-Muffen	Wert 16.50 20.00 27.00 33.00	Inventur-Preis 12.00 13.50 20.00 25.00
Echt Nerz-Muffen	Wert 9.50 22.50 33.00	Inventur-Preis 7.75 16.50 25.50

Barchent-Hemden

200 Barchent-Frauen-Hemden doppelseitig geräumt 110 cm Inventur-Preis 75

300 Barchent-Frauen-Hemden einseitig geräumt Inventur-Preis 1.10

200 weiße Barchent-Frauen-Hemden 110 cm Inventur-Preis 1.00

500 Barchent-Mädchen-Hemden doppelseitig geräumt Länge 60 70 80 90 cm
Inventur-Preis 40 45 55 65

400 Barchent-Herren-Hemden einseitig geräumt, 100 cm Inventur-Preis 1.20

200 Barchent-Herren-Hemden doppelseitig geräumt, 95 cm Inventur-Preis 75

100 Frauen-Hosen 85 cm lang, rosa Baumwolle-Inventur-Preis 68

300 Barchent-Knaben-Hemden doppelseitig geräumt Länge 60 70 80 90 cm
Inventur-Preis 40 45 55 65

Schlafdecken

1700 Schlafdecken pelzartig geräumt 120x170 130x180 140x190 150x200
Inventur-Preis 1.20 1.45 2.25 2.50

300 Eiderrocke mit Handlanguetter Inventur-Preis 1.35

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Paul Waber, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Gorbau, Magdeburg. Druck von Franz 2 Ml. monatlich 70 Pf. Bei den Buchhändlern 2,25 Bll. Einzelne Nummern 5 Pf. Kontakt und Abbestellung: Magdeburg, Weichselstraße 40, Fernsprecher 1567. Redaktion: Or. Klingstraße 3, Fernsprecher 961. Abonnementspreis: Vierteljahr 1,80 Ml., halbes Jahr 3,20 Ml., ein Jahr 5,70 Ml. In den Auslandsländern monatlich 2,00 Ml. 2 Exempl. 2,90 Ml. In den Auslandsländern monatlich 2,25 Bll. Einzelne Nummern 5 Pf. Kontakt und Abbestellung: Magdeburg, Weichselstraße 40, Fernsprecher 1567. Redaktion: Or. Klingstraße 3, Fernsprecher 961. Abonnementspreis: Vierteljahr 1,80 Ml., halbes Jahr 3,20 Ml., ein Jahr 5,70 Ml. In den Auslandsländern monatlich 2,00 Ml. 2 Exempl. 2,90 Ml. In den Auslandsländern monatlich 2,25 Bll. Einzelne Nummern 5 Pf. Kontakt und Abbestellung: Magdeburg, Weichselstraße 40, Fernsprecher 1567. Redaktion: Or. Klingstraße 3, Fernsprecher 961.

Nr. 11.

Magdeburg, Freitag den 13. Januar 1905.

16. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Das Dessauer Budthausurteil.

Verhandlungen des Oberkriegsgerichts Magdeburg.

Magdeburg, 11. Januar 1905.

(Nachmittags-Sitzung.)

In der Nachmittags-Sitzung wird mit der Zeugenvernehmung

fortgefahren. Erste Zeugin ist die Frieda Regel, das Mädchen, das mit Günther an dem verhängnisvollen Abend das Tanzlokal besucht hat. Die Zeugin, ein hübsches, schlankes Mädchen, erzählt die Vorgänge, die sich im und vor dem Lokal abspielten. Sie war mit Günther in Ziebigl auf dem Tanzboden. Seine kam vor dem Lokal zur Zeugin und stieß sie an, weil sie nicht „Guten Abend!“ gesagt hatte. Günther stellte den Unteroffizier deshalb zur Rede. Es entstand ein Streit, in dessen Verlauf Heine mit dem Seitengewehr um sich schlug. Voigt schlug dabei den Unteroffizier um und hielt das Seitengewehr des Heine fest, das er ihm entwandt. Darauf lief Voigt weg, von Heine verfolgt. Der letztere erhielt dann sein Seitengewehr wieder, zog es blank und schlug auf die Frieda Regel ein, die ein zerrißenes Kleid und eine Wunde am rechten Bein davontrug und vor Schmerz laut aufschrie. Von dem Streite, der sich darauf zwischen dem Unteroffizier Heine und dem Gefreiten Günther entwickelte, vermag die Zeugin kein klares Bild zu geben. Der Verhandlungsleiter versucht an Hand einer Ansichtskarte, auf der sich das Lokal, in dem der Streit seinen Anfang nahm, befand, genau festzustellen, wie der Streit begann und sich fortsetzte, allein ohne besonderen Erfolg. Die Zeugin ist ziemlich verlegen und macht widersprechende Angaben.

Auf eine Frage des Verteidigers Rechtsanwält Guttman, erklärt die Zeugin, sie habe den Gruß des Heine nicht beantwortet, weil sie an seiner Sprache erkannte, daß er sehr betrunken war und ihr grob entgegnet.

Die nächstfolgende Zeugin, Lina Albrecht, befand sich in der Gesellschaft der Regel. Sie schildert die Vorgänge ähnlich wie die Vorzeugin. Nach ihrer Aussage zog Heine sofort das Seitengewehr und rief: „Zehn Schritte vom Leibe weg!“ als ihn Voigt zuerst zur Rede gestellt hatte. Voigt hielt das Seitengewehr des Heine fest, darauf entriß Heine dem Voigt dessen Seitengewehr und lief fort. Günther und Voigt folgten dem Heine. Ersterer hielt den Unteroffizier fest, nachdem er ihn erreicht hatte, und letzterer entriß ihm sein Seitengewehr. Voigt hielt nun zwei Seitengewehre in den Händen; es wurde ein Streichholz angezündet, um an den Nummern der Eigentümer der Seitengewehre festzustellen, dann erhielt Heine sein Seitengewehr zurück, worauf dieser die Frieda Regel schlug. Infolge dieses Schlages gerieten nun Günther und Heine zusammen. Die Zeugin hat gesehen, daß Günther blutige Wunden am Kopf und an der Brust erlitten hat, vermag aber auch keine genaue Schilderung der letzterwähnten Rauerei zu geben. Ob Voigt dabei zugegen war, weiß sie nicht.

Zeuge Wilhelm Schiele aus Wallenstedt soll darüber aussagen, ob Heine früher schon einmal in Wallenstedt Streitigkeiten gehabt habe, die ihren Ausgangspunkt in Streitigkeiten mit Mädchen gehabt haben. Er schildert einen kleinen Streit, den er selbst zu Weihnachten 1903 mit Heine hatte. Auch dabei zog Heine gegen Unbeteiligte blank. Mädchen spielten jedoch keine Rolle bei dem bedeutungslosen Vorgang.

Zeuge Lehrer August Ehrhardt aus Ziebigl soll über den Leumund und die Fähigkeiten eines Hauptzeugen, des später zu vernehmenden Drog ein Urteil abgeben. Er schildert den Zeugen Drog als schwach befähigt mit mangelhaftem Auffassungsvermögen. In der Schule hat er nichts geleistet. Daß Drog als Schuljunge lügenhaft oder zu Uebertreibungen geneigt gewesen sei, will der Zeuge nicht behaupten.

Der Zeuge Wilhelm Wurgler, ein Rentier aus Ziebigl, war früher Nachbar der Familie Drog. Er hat den Zeugen Drog nach der Schulzeit oft beobachtet und hält ihn „für zeitweise nicht ganz klar“, was er damit begründet, daß Drog heute noch sein Bett zu verunreinigen pflegt und nur sehr mangelhafte Arbeiten liefert.

Nächster Zeuge ist der

Zeuge Drog.

Er ist 18 Jahre alt und macht keinen besonders intelligenten Eindruck. Der körperlich schwach entwickelte junge Mann arbeitet jetzt in einem Holzgeschäft und war am 28. August in Ziebigl im Lokal von Knetich. Als er das Lokal verließ, kamen zwei Soldaten aus dem Lokal, dann zwei Mädchen und dann ein Unteroffizier. Mit Sicherheit vermag der Zeuge jedoch nicht anzugeben, daß die drei Soldaten mit den Angeklagten identisch sind. Der Unteroffizier grüßte die Mädchen, eines derselben dankte, das andre nicht. Der Zeuge schildert die weiteren Vorgänge im Gegensatz zu den Mädchen

Regel und Albrecht. Nicht der Unteroffizier, sondern ein oder zwei Soldaten seien weggelaufen, gefolgt vom Unteroffizier, der rief: „Mein Seitengewehr, mein Seitengewehr!“ Als die drei Soldaten zum Stehen gekommen waren, forderten sie den Zeugen Drog auf, ein Streichholz anzuzünden, um die Seitengewehre an den Nummern erkennen zu können. Aus jeder der beteiligten drei Soldaten wieder im Besitz seiner Waffe war, schlug der Unteroffizier nach einem Mädchen, dieses rief: „Auf! worauf einer oder beide Soldaten über den Unteroffizier herfielen und ihm die Hände festhielten. Ob nur ein oder zwei Soldaten mit dem Unteroffizier zu tun hatten, und ob der letztere nur festgehalten oder auch geschlagen wurde, vermag der Zeuge nicht genau anzugeben. Ein Soldat hat am Kopfe geblutet infolge eines Schlages, den ihm der Unteroffizier versetzte, als er sich vom Boden, wo er festgehalten war, wieder erhoben hatte.

Der Verhandlungsleiter hält dem Zeugen, auf dessen Aussage das Urteil erster Instanz basiert ist, vor, daß er vor dem Dessauer Kriegsgericht ausgesagt habe, zwei Soldaten, ein Gefreiter und ein Muskettier, seien über den auf der Erde liegenden Unteroffizier hergefallen und hätten ihn verprügelt. Der Zeuge bleibt aber bei seiner heutigen, unbestimmten Aussage. Je mehr er gefragt wird, desto konfus werden die Aussagen dieses Hauptbelastungszeugen, der vom Verhandlungsleiter schließlich mit dem Rate entlassen wurde, sich draußen zu ergeben und sich zu überlegen, wie es komme, daß seine heutigen Angaben im Widerspruch mit denen in der vorigen Sitzung stehen.

Zeuge von Schlieben, der Hauptmann der Angeklagten Günther und Voigt, stellt beiden ein vorzügliches Zeugnis aus. Sie seien beide sehr gute Soldaten gewesen, die weder dienstlich noch außerdienstlich Anlaß zu Klagen gegeben hätten. Auch Voigt wäre Gefreiter geworden, wenn für ihn noch eine Stelle frei gewesen wäre. Auf Anfragen des Verhandlungsleiters erklärt der Zeuge, daß er weder Günther noch Voigt der Tat für schuldig halte, der man sie beschuldige.

Der Zeuge Oberleutnant von Prellwitz war der Vorgesetzte des Unteroffiziers Heine. Ihm hatte Heine zuerst Meldung von den Vorfällen erstattet. Das Erinnerungsvermögen des Unteroffiziers über die Vorfälle der Nacht war aber stark getrübt, er gab zu, daß er sinnlos betrunken gewesen sei und habe nicht mehr gemerkt, mit welchen Personen er das Rencontre hatte.

Sergeant Karl Stein war in der Nacht zum 28. August mit Heine in Ziebigl. Er traf Heine nach dem Vorfall auf der Straße und rief ihm, nach Hause zu gehen. Heine machte einen sehr ungelegenen Eindruck, daß er betrunken war, habe man ihm nicht angemerkt. Heine sei bei seinen Kollegen nicht beliebt gewesen und immer seine eignen Wege gegangen, auf denen ihm die übrigen Unteroffiziere nicht folgen wollten.

Die Zeugin Marie Tausch war vom Fenster ihrer Wohnung nur Zuschauerin des Streites. Sie hörte ein Mädchen „Auf!“ rufen, sah das Ausschlagen eines Streichholzes und hörte etwas von einer Prügelei. Von den Personalien der Beteiligten kann sie keine näheren Angaben machen.

Zeuge Friedrich Schudert hat gesehen, daß der Unteroffizier Heine mit dem Seitengewehr in der Hand angelaufen kam und ein Mädchen schlug, das darauf „Auf!“ rief. Andre Personen will er nicht gesehen haben.

Eine Reihe Zeugen, die nun vernommen werden machen nur ganz belanglose Aussagen.

Nachmaß der Zeuge Drog.

Zum Schluß der Beweisaufnahme wird der Hauptzeuge Drog noch einmal vernommen. Zeuge erklärt, daß seine erste Aussage in Dessau richtig gewesen sei. Daß die beiden Angeklagten Günther und Voigt über den Unteroffizier hergefallen seien, kann Zeuge nicht mehr behaupten. Seine weiteren Aussagen zeitigen derartige Widersprüche, daß der Rechtsanwält Czernikow die Nichtvereidigung beantragt.

Rechtsanwält Guttman stellt dem Gericht anheim, in eine Beratung darüber einzutreten, ob der Zeuge zu vereidigen ist. Rechtsanwält Dr. Eberhard ist im Interesse des Angeklagten Heine für Vereidigung.

Der Vertreter der Anklage ist für Nichtvereidigung. Drog sei ein Mensch, der die Wahrheit sagen will, aber durch sein geringes Beobachtungsvermögen daran gehindert wird.

Um 8 Uhr zieht sich der Gerichtshof zurück, um die gestellten Anträge zu beraten.

Nach ½ stündiger Beratung teilt der Verhandlungsleiter mit, das Gericht habe beschlossen, den Zeugen Drog nicht zu vereidigen. Ferner ist der Beschluß gefaßt, sämtliche Kriegsgerichtsräte erster Instanz als Zeugen zu laden, um die Widersprüche, die zwischen den Aussagen der Angeklagten und den vorhandenen Protokollen der ersten Instanz bestehen, aufzuklären. Zu diesem Zweck wird die Verhandlung bis auf Sonntag und den 14. Januar, vormittags 9 Uhr, vertagt.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 12. Januar 1905.

Der Königsberger Prozeß im Reichstage.

Der Reichstag trat am Mittwoch in die zweite Beratung des Etats ein. Seinen eignen Etat erledigte er ohne Debatte; nicht einmal die schmerzliche Diätenfrage wurde von einem der Abgeordneten berührt. Um so lebhafter setzte die Beratung des Etats bei einer von den freisinnigen beantragten Resolution über das Fremdenrecht in Deutschland und die Gegenseitigkeitsverträge, insbesondere der mit Rußland, ein.

Sie gab dem Genossen Gause, einem der Verteidiger im Königsberger Prozeß, zum ersten Male nach der Aufhebung des Abenddunkels im öffentlichen Gerichtsverfahren Gelegenheit, alle die Ungerechtigkeiten, die die Regierung und die Justizbehörden sich im Russendienst geleistet haben, im Parlament des allgemeinen Wahlrechts zu belächeln. Vor allem stellte er das eine fest, was stets im Auge behalten werden muß, um die völlige Niederlage der Bülow-Kammerstein-Schönstedt festzumachen, daß sie, die zuerst im Vorjahr sich als Staatsretter gegenüber den anarcho-hochverräterischen Geheimbänden aufgespielt haben, jetzt dem Prozeß jede politische Bedeutung zu nehmen suchen und alles, was da vorgefallen ist, auf das juristische Gebiet hinüberziehen möchten. Als ob nicht gerade deswegen die Staatsanwaltschaft und das Gericht sich zu juristischen „Sonderbarkeiten“ hergegeben habe, weil es sich um einen politischen Tendenzprozeß handelte. Nur um Rußland einen Dienst zu leisten, hat man deutsche Staatsbürger ins Gefängnis gesteckt, hat der Staatsanwalt den Dolus eventualissimus soweit gereicht, daß jeder, der einem nicht bestehenden Geheimbund angehört für alle Schriften verantwortlich sein sollte, die von einem Mitglied des Geheimbundes nicht etwa verbreitet, sondern jemals in die Wohnung aufgenommen worden sind. Nur deshalb hat man die an sich schon recht ungünstige Stellung des Verteidigers so tief herabgedrückt, daß man ihm nur 5 Tage Zeit zur Durcharbeitung einer Unklageschrift von 225 Schreibmaschinen-Seiten gelassen hat; nur deshalb hat man ihm nie, auch bis zum letzten Tage nicht, eine Uebersicht über das Beweismaterial gegeben.

Wann hätte wohl bei einem unpolitischen Prozeß, der nur juristisches Interesse hat, ein Erster Staatsanwalt in die Akten geschrieben, daß der Herr Justizminister ein besonders hohes Interesse an diesem Prozeßjahr habe? Indem die Regierung den politischen Charakter des Prozesses leugnet, entzieht sie sich selbst das Argument, mit dem sie einst im Landtag bei den bürgerlichen Parteien so großen Erfolg erzielte, und gesteht ein, daß sie sich bis auf die Knochen blamiert hat — wenn auch der Präsident im deutschen Reichstag nur zu jagen erlaubt, daß sie sich nicht schuldig begeben habe. Ihre Aufwendungsliste hat Rußland mit Fälligkeit der Uebersetzung der Strafgesetzbuch-Paragrafen, mit der Erhöhung der Gesetze um Zeugenvernehmung bekannt und die preußische Regierung hat sich bewußt als Verteidiger eines autoritären Systems, das nur in Rußland selbst schon aufs tiefste erschüttert ist und nur des Geistes einer erlösenden Revolution im Lande selbst immer näher rückt.

Genosse Bernstein erregte diese Ausführungen Gause durch einen Vergleich des deutschen Fremdenrechts mit demjenigen fortgeschrittener Rechtsstaaten, wie England oder Dänemark. Er hat zwar zutage, daß Deutschland in allen Fragen wirklichen Fortschritts weit zurücksteht in der Welt, auch wenn es am reichsten ist in der Verleihung von Orden an fremde Generale.

Die schwer angegriffene Regierung verteidigte mit Staatssekretär Dr. Lieberding, der selbst ein bürgerlicher Abgeordneter als höchst unzulänglichen Vertreter charakterisieren mußte. Wie die Hauptschuldigen, der Reichskanzler, der preußische Justizminister und der preußische Polizeiminister, es vorgezogen haben, der Beratung überhaupt fern zu bleiben, so flüchtete sich Dr. Lieberding hinter den Vorwand, daß er nicht über einen noch im Gange befindlichen Prozeß sprechen wolle. Dabei hat sich knapp vor einem Monat Minister Schönstedt nicht etwa über die schon jetzt kritisierte Einleitung des Verfahrens, sondern über das noch angefochtene Urteil des langen und breiten ausgelassen — allerdings im sozialistischem Landtag.

Die von den freisinnigen Abgeordneten vorgelegte Resolution, die eine verfassungsmäßige reichsgerichtliche Regelung der Gegenseitigkeitsverträge und des Fremdenrechts nach halbwegs modernen und kulturellen Prinzipien forderte, fand denn auch nur in dem konservativen Redner, dem Abg. Simburg, einen halben Gegner. Außer den Antrag-

Nestern, den Abgeordneten Müller, Weininger und
Vennemann, traten auch der Zentrumsgewählte Pur-
lage und der nationalliberale Abgeordnete Viers für
den Antrag ein, der in der Abstimmung bei der dritten
Lesung über angenommen werden dürfte.
Spät abends begann das Haus dann noch die General-
debatte des Justizetat mit einer Rede des Abgeordneten
Erzberger (Centr.). Am Donnerstag soll die Beratung
fortgesetzt werden.

Ein sozialdemokratischer Sensationschwandel.

Die bürgerliche Presse tut sich etwas darauf zu gute, mög-
lichst viele Variationen zu dem einen Thema zu entwerfen,
daß das Bild einer falschen Fälschung sei. Sie
spricht von gemeinem Volksbetrug, von einem sozialdemo-
kratischen Sensationschwandel, von einer frechen Fälschung,
und glaubt in ihrer Einfalt, die verhasste Partei wieder ein-
mal um allen Kredit geschimpft zu haben.

Nur wenige Blätter der bürgerlichen Linken haben ent-
deckt, daß der „Rein-Weiß. Blg.“ in ihrer nationalliberal-
scharfmacherischen Herzensfreude alle Logik abhandeln ge-
kommen war, als sie das fidele Gefängnis mit der Nadel
ihres Materials aus der preussisch-deutschen Welt radieren
wollte. Diese Nicht-Dübierten trugen deshalb verwundert,
wie sich eine Anklage der Kommandantur begründen lassen
solle, wenn in der Hauptsache das Bild echt sei.

Nicht nur in der Hauptsache. Das Bild ist in
jedem Strich echt. Der Widerspruch zwischen unserer
Angabe und den Hoffnungen der Ordnungspresse erklärt sich
auf der Tatsache, daß an jenem fidele Abend in Ehren-
breitstein mehrere Aufsahmen gemacht worden sind,
von verschiedenen Stellen des Zimmers aus und in ver-
schiedener Gruppierung. Wenn die Kommandantur daher
ein Bild ohne Weinflaschen und mit einem vierten Teil-
nehmer befestigt, so ist dies nicht um ein Strichelchen echter, als
das von uns wiedergegebene, auf dem eine Batterie Wein-
flaschen und statt des vierten Fidele ein Blumentopf sicht-
bar sind.

Die Parteien, deren Angehörige die Annehmlichkeiten
des Festungslebens erfahren, die sozialdemokratischen Sün-
dern verborgen bleiben, werden daher gut tun, wie so oft
schon auch jetzt wieder ihrer Presse zum Rückzug zu blasen.
Der „sozialdemokratische Sensationschwandel“ wird durch
die photographische Platte betrogen, und diese Platte lügt
nicht noch schwindelt sie!

Der Kampf im Ruhrrevier.

Wir erhalten vom Kriegsschauplatz die folgenden kurzen
Berichte:

-d. Essen, 11. Januar.

Daß es in den einzelnen Bezirken nur eines Punktes
bedarf, um die Kreise der Anstandsbeziehung weiter zu
währen, zeigte sich heute im Essener Revier. Als das
Rubberjahr wurde die Zeche „Herfules“ betrachtet. Daher
gab es eine Sonntagssammlung das Ueber-
bringen des Streiks in das Essener Revier verhindert zu
haben. Die Hoffnung war trügerisch! Heute morgen ist,
wie gestern telegraphisch gemeldet, auf „Herfules“ der
Streik ausgebrochen. Das war das Signal für noch drei
weitere Zechen, sich dem Zustand anzuschließen. Nachmittags
fiel eine Belegschafts-Versammlung statt. Die Kommission
berichtete, daß sie zweimal vergeblich versucht habe, Zugs-
ständnisse zu erlangen. Die Versammlung beschloß, der Ver-
waltung nunmehr die bekannten Forderungen zu unter-
breiten. Ein Vertreter der christlichen Organisation sprach
für Wiederaufnahme der Arbeit, fand damit jedoch keine
Gegensätze. Gegen vereinzelte Stimmen fiel der Beschluß
für Fortsetzung des Streiks. Das Resultat rief stürmischen
Beifall hervor.

Auf der Studischen Hülfenzeche „Sälzer Renalt“
gibt es auch. Eine Versammlung findet morgen statt.
Außerdem tagen noch eine Menge anderer Belegschafts-Ver-
sammlungen von verschiedenen Zechen des Reviers. Die
Führer der Organisationen haben nun, wohl
völlig ausichtslos, jeden Versuch, die Bewegung
aufzuhalten, eingestellt.

-d. Dortmund, 11. Januar.

Wie heute abend ist von 50 Zechen der Ausbruch des
Streiks gemeldet. Auf einzelnen Zechen ist der Streik voll-
ständig, auf andern ist noch je eine Schicht angefahren, die
sich aber auch wohl anschließen werden. Wie schon gewohnt
wird, gibt es nun auch im Dornier Revier je ein Streik,
daß von für morgen der Ausbruch des Streiks befürchtet
wird. Rängt hier, wo die größten Gruben liegen, der Streik-
tante Feuer, dann ist der Streik so gut wie allgemein.

-d. Reumühl, 11. Januar.

Die von mehr als 3000 Personen besuchte Belegschafts-
versammlung der Zeche „Reumühl“, die großartig verlief, und
in der wieder die größtmöglichen Wünsche nach Vorsehung geäußert
wurden, beschloß, der Verwaltung eine Reihe Forderungen
zu unterbreiten, die sich im wesentlichen mit den in der Dornier-
versammlung gehaltenen decken.

Die Streikenden bewahren überall die größte
Ruhe. Die Ortsverbände organisieren Sammlungen
und unterstützen die Streikkomitees nach Möglichkeit in jeder
Beziehung. Die gesamte Arbeiterchaft nimmt lebhaften An-
teil an dem Kampf der Grubenarbeiter.

Pour le mérite!

Die „Nordb. Allg. Blg.“, das offiziellste in der langen
Reihe der offiziellen Blätter, hat Befehl erhalten, die Texte
der Telegramme zu veröffentlichen, die wegen der Ordens-
verleihung an Stössel und Nogi gewechselt
worden sind. Da diese Telegramme einmal historische Be-
deutung erhalten werden, geben wir ihren Wortlaut:

Telegramme Wilhelm II.

„S. M. dem Kaiser. Japanscher Kaiser.
Die Besetzung von Port Arthur wird für immer ein Mei-
del für die Welt sein. Ich bin stolz, daß die Feinde
dieser Truppen kommandierte, wird von der ganzen Welt bewun-
dert, besonders in meinem Lande und von mir. Ich unterstütze
Sympathie und Bewunderung für General von Stössel und
seine wackeren Truppen. Ich hoffe, daß ich auf Deine Aus-
zeichnung, wenn ich ihm unsere höchste militärische Aus-
zeichnung, den von Friedrich dem Großen gestifteten Orden
„Pour le mérite“, verleihen. Diefelbe Ehrung will ich meinem
braven Gegner General Nogi erweisen.“

„S. M. dem Kaiser von Japan. Tokio.

Die Belagerung und Einnahme von Port Arthur haben den
General Baron Nogi als einen tapferen und klugen Heer-
führer erwiesen, dessen Heldentaten ebenso wie die seiner
Truppen für immer von allen Soldaten, besonders von mir und
meinem Heere werden bewundert werden. Ich hoffe, daß Eure
Majestät zustimmen werden, wenn ich ihm als äußeres Zeichen
meiner Bewunderung die von meinem Vorfahren Friedrich dem
Großen für Tapferkeit im Felde gestiftete höchste preussische
Auszeichnung, den Orden „Pour le mérite“, verleihen. Sein braver
Gegner, General v. Stössel, hat dieselbe Auszeichnung erhalten.“

Die Antworttelegramme.

Der Zar:

„Seiner Majestät dem Kaiser. Berlin.

Im Namen meines Heeres danke ich Dir für die hohe
Auszeichnung, welche Du dem General Stössel verleihen willst. Er
tat an der Spitze seiner braven Garnison bis zum Ende tapfer seine
Pflicht. Deine Sympathie und die Deines Heeres und Deine
Anerkennung für seine Haltung wird von mir tief empfunden.“

Der Mikado:

„S. M. dem Deutschen Kaiser. Berlin.

Ich bin sehr dankbar für Eure Majestät Bewun-
dung für die Einnahme von Port Arthur. Was Eure
Majestät gütigen Wunsch betrifft, dem General Baron Nogi die
höchste Auszeichnung des preussischen Heeres zu verleihen, so stimme
ich mit Freude zu.“

Die Veröffentlichung beweist, daß die Neutralität doch
nicht so sorgsam gewahrt worden ist, wie gestern noch an-
genommen werden mußte. In dem Telegramm an den
Zaren steht das bedeutungsvolle Wörtchen „Sympathie“,
das in der Depeche an den Mikado fehlt. Die Japaner
werden die Texte vergleichen und daraus nochmals lernen,
was sie als aufmerksame Beobachter längst wissen.

Immerhin aber wird jenes Knackstück Gemälde, das
dem Kontinent zurief: „Völker Europas, waret eure heiligsten
Güter!“ als überwinden aus den Schulen und sonstigen
Räumen verbannt werden müssen. Der „tapfere und kluge
Heerführer“ Nogi hat als Angehöriger der verachteten gelben
Rasse nicht wenig dazu beigetragen, die heiligsten Güter
der russischen Selbstherrlichkeit und Knutenwirtschaft in
Frage zu stellen.

Die bürgerliche Presse Deutschlands weiß daher sehr gut,
weshalb sie die Telegramme in atemloser Beklemmung ohne
ein Wörtchen der Kritik wiedergibt. Sie hatte seinerzeit dem
Kampf gegen den gelben Drachen mit voller Lungenkraft zu-
gejubelt; nunmehr hat sie einen Teil dieser Gelben „für
immer“ zu bewundern. Trotz all ihrer im Laufe der Jahre
erworbenen Geschicklichkeit ist es nicht leicht, sich von heute zu
morgen in die neue Rolle zu finden. Aber sie wird's schon
noch lernen.

Die ausländische Presse ist nicht so befangen. Sie hat
sofort Worte der Kritik gefunden. Aber wir enthalten uns,
diese auch nur mit einem Federstrich anzudeuten. Würden
wir auch nur ein Wort dessen veröffentlichen, was uns allein
heute schon zu Gesicht gekommen ist, unser Verantwortlicher
könnte sofort auf fünf Jahre von der preussisch-deutschen
Freiheit Abschied nehmen.

Wie frei doch diese Freiheit ist!

O diese Türken!

Was in der Türkei alles passieren kann, davon er-
zählt die „Tägliche Rundschau“ mit atemloser Begeisterung.
Eine in Konstantinopel anläufige russische Herzogin, Fel-
Siebold, in unter dem Verdacht, Verbrechen gegen das
keimende Leben begangen zu haben, — ausgewiesen
worden! Tagtäglich war sie „von Swionen umringt“, eines
Tages fuhr sogar ein Wagen mit drei Kuliszen bei ihrem
Haufe vor, um sie zum Bahnhof nach der Bahn zu bringen. Die
Russen aber hielten sie zu europäischen Freuden geführter.
Schließlich hat ihr die türkische Regierung — 10 000 Mark
Entschädigung an, und sie verließ hierauf, halb freiwillig,
halb gezwungen, das Land. Der Berichterstatter der „Täg-
lichen Rundschau“ fügt hinzu:

Zu beklagen sind wir alle, denn dies ist nur ein Präzedenz-
fall, dem andre folgen werden. Welcher Ausländer ist sich
noch seiner Ehre in Konstantinopel sicher, nachdem den
Türken dieser Streich gegliedert ist? Spione sind in solcher
Zahl vorhanden, daß sie schon Verleumdungen erfinden, Missetaten
erdichten können, um Stoff für ihre Angebereien zu haben. . . .
„Was wollen Sie“, sagte endlich zu mir ein ehrlicher Türke, „der
Sultan ist von einer Zahl von Schwärzen umgeben, die
ihm täglich von den Gefahren sprechen, die ihm drohen;
und sobald ihnen jemand im Wege ist, so schäubern sie ihm diesen
jemand als Ketzergesandten.“

Da sieht man wieder einmal, daß die Türken eben keine
Christen sind! In welchem andern Lande der Welt wären
solche barbarischen Zustände möglich!

Deutschland.

* Berlin, 12. Januar. Die Freisinnige und Deutsche
Volkspartei haben im Reichstag einen Antrag auf Auf-
hebung des Gotteslästerungs-Paragrafen ein-
gebracht. Der Antrag bezieht sich auf den zweiten Teil des
§ 166. Gestrichen werden sollen die Worte: „Oder wer
öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andre mit
Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehende
Religionsgemeinschaft oder ihre Einrichtungen oder Gebräuche
beischimpft.“ Also wieder halbe Arbeit, wie es von
Freisinnigen nicht anders zu erwarten steht.

Der Schweizer Bundesrat hat die europäischen Mi-
nister zu einer internationalen Arbeiterversam-
mlung einladen. Es soll verhandelt werden über
folgende Materien: 1. Verbot der Verwendung von weissem
Phosphor bei Herstellung von Handhänden; 2. Verbot der
gewerblichen Nachtarbeit der Frauen mit gewissen
Einschränkungen für die Verarbeitung von leicht verderblichen
Nahrungsmaterialien. Die durchschnittliche Arbeitszeit soll
zwei Stunden, vom Abend bis zum Morgen, betragen.
Die Ausdehnung des Verbotes der Nachtarbeit auf jugend-
liche Arbeiter ist fallen gelassen worden. Die Konferenz soll
am 8. Mai 1905 im Ständeratsaal in Bern zusamen-
treten.

* Dortmund, 11. Januar. Zwischen der einfahren-
den Nachschicht und fremden Streikenden kam es in
vergangen Nacht auf der Zeche „Felicitas“ zu einem Zu-
sammenstoß, wobei Personen verletzt und Sachen zerstört
wurden. Gendarmen nahmen fünf Mann fest. — So be-
richtet eifertig das offiziöse Wolffsche Bureau. Es wird
wohl so schlimm nicht gewesen sein.

Frankreich.

Vier Gruppen der Kammermehrheit berieten Mittwoch nachmittags
über die Lage, die für das Kabinett durch die Wahl Doumer's
zum Kammerpräsidenten entstanden ist. In der Versammlung der
demokratischen Vereinigung äußerten mehrere Abgeordnete die Ansicht,
daß das Kabinett vor den zu erwartenden Debatten zurücktreten sollte;
daß das Kabinett gabe der gegenteiligen Meinung Ausdr. Zu
einem Beschlusse kam es nicht. Die radikale Linke beschloß, am Freitag
der Regierung ein Vertrauensvotum zu erteilen. Auch die sozialistich-
radikale Gruppe beschloß, dem Kabinett ihre Mitwirkung zu widmen,
um es bei seiner Reformpolitik zu unterstützen. Die äußerste
Linke erteilte ihrem Vorstand den Auftrag, mit den Vorständen der
andern Gruppen, die am Donnerstag Versammlungen abhalten werden,
sich ins Einvernehmen zu setzen.

Doumer hat mit seiner Erwählung zum Präsidenten ein erstes
Ziel seines Ehrgeizes erreicht. Seit 1888 ist er Mitglied der Kammer,
vom ersten Tage an ein Glied der radikalen Partei. Im
Kabinett Bourgeois, wo er vom November 1895 bis zum
April 1896 das Finanzportefeuille verwaltete, vertrat er den Entwurf
einer progressiven Einkommensteuer und legte sein Amt nieder, als er
mit seinem Projekt nicht durchbringen konnte. Bald darauf gelang es
ihm — wie es heißt, nicht mit den reinsten Mitteln — seine Ernennung
zum Gouverneur von Indochina zu erwirken, wo er bis 1902
verblieb. Dann trat er von dieser Stelle zurück, um sich wieder in die
Kammer wählen zu lassen. Auch jetzt trug er noch die Maske des Radikalis-
mus, doch glänzte er vor allem durch Reden, die einem wackelnden
Patrioten Ehre gemacht hätten. Um ihn sammelte sich in der Kammer,
was von den Radikalen durch getränkten Ehrgeiz und unbesiegbare
Güte der Regierung verurteilt war, vor allem die Millerand-
Gruppe, die gewissen Minister Waldeck-Rousseaux, Doumer wurde
wieder zum Präsidenten der Budgetkommission gewählt und mußte
diesem Ausschusse zum Herde der Intrigen gegen Combes zu gestalten.
Der angebliche Radikale ist längst zum Liebling der Nationa-
listen und Melinisten geworden.

Der russisch-japanische Krieg.

Port Arthur und die Zensur.

Ueber russische Zensurmaßnahmen aus Anlaß des Falles
Port Arthurs wird aus Petersburg berichtet. Als trotz aller
Vorwärtsmaßregeln die Nachricht von der Uebergabe der
Festung bekannt geworden war, schrieb der „Russki Zynbalid“,
das amtliche Militärblatt: „Die gegenwärtige Lage Port
Arthurs erregt in Japan große Nervosität und Besorg-
nisse, da der Fall der Festung in naher Zukunft nicht
erwartet wird.“ Noch bezeichnender ist die Behandlung,
die dem Moskauer Blatt „Nowosii Dna“ zuteil wurde, das
seinen Artikel über den Fall Port Arthurs spät in der Nacht
dem Zensur vorlegte. Der Artikel wurde vom Zensur in
der Weise geändert, daß alle Worte „Uebergabe“ oder
„Fall Port Arthurs“ durch das Wort „Frost“ ersetzt
wurden. So las man am nächsten Tage in dem Blatt fol-
genden Anjinn: „Das große Ereignis des Tages, das Millio-
nen von Menschen in tiefstenummer stürzen wird, ist der
. . . Frost. Ganz Rußland wird Trauer anlegen, nicht
die amtliche Trauer, die wir heißen, sondern die Trauer des
verletzten nationalen Stolzes wegen des furchtbaren . . .
Frostes. Japan wird über den Frost frohlocken und Ja-
pan hat volle Verachtung, auf seinen Erfolg stolz zu sein.“
Dabei sind die Russen einigermassen an Frost gewöhnt.

Letzte Nachrichten.

Sd. Petersburg, 12. Januar. Die „Nowoje Wremja“
gibt eine japanische Meldung wieder, wonach in Port Arthur
noch Reis, Mehl und Salz für zwei Monate, sowie 2000 Pferde
vorhanden gewesen seien, und daß dieserhalb die Generale Em-
mynow, Rod und Gorbomawski gegen eine Kapitulation im Kriegsrat
gestimmt hätten. Das Blatt befürchtet, daß wegen des Anta-
gonismus zwischen General Emmynow und General Stössel eine
Zandafaisäre herauswachsen dürfte.

Sd. Wien, 12. Januar. Die Zeichnungen auf die russi-
sche Anleihe in Böhmen werden in heiligen unterrichteten
Finanzkreisen auf circa 25 Millionen Rubel geschätzt. Hierbon
haben die tschechischen Banken mehr als die Hälfte subskribiert.

Sd. Petersburg, 12. Januar. Das Gerücht von der
Demission des Ministers des Innern Swiatobol-
Mirski erhält sich hartnäckig. Als sein Nachfolger wird Witte
genannt. Der Wechsel soll sich bereits in den nächsten Tagen voll-
ziehen.

Sd. Ures, 12. Januar. Hier traf aus Petersburg die
Nachricht ein, daß Stössel zur Wiederherstellung seiner Gesund-
heit an den Gardajes kommt.

Sd. Lemberg, 12. Januar. In Czestochau hat eine neue
Demonstration der Sozialdemokraten stattgefunden.
Ein Gendarmierwachmeister wurde, als er den Demonstranten
die rote Fahne entziehen wollte, geköpft, ein Wachmann
schwer verwundet. Die Sozialdemokraten in Czestochau kündigten
an, sie würden bei den bevorstehenden Feiertagen noch größere
Demonstrationen ausführen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 12. Januar 1905.

— Die „Volkstimme“ und die Postzeitungskräfte. In
letzter Zeit erhalten wir sehr viel Klagen darüber, daß unsern Lesern
auf dem Lande Schwierigkeiten bei Abonnement unsern Blattes gemacht
werden. Die Herren Postboten, Postagenten usw. auf kleinen

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 11.

Magdeburg, Freitag den 18. Januar 1905.

16. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

(115. Sitzung.)

Berlin, 11. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Niederding.

Die

Zweite Lesung des Etats für 1905

beginnt mit dem Etat für den Reichstag, der debattelos angenommen wird.

Bei dem Reichsjustizetat wird auf Antrag Müller-Sagan (Freis. Vp.), dem Abg. Erzberger (Ztr.) widerspricht, Präf. Graf Ballestrem aber beipflichtet, die Resolution Müller-Meinungen betr. Regelung des Fremdenrechts zuerst zur Beratung gestellt. Die Resolution verlangt, daß die Gegenseitigkeit gemäß § 102 und 103 des R.-Str.-G.-B. a) nur nach ordnungsmäßig veröffentlichten und genehmigten Staatsverträgen und b) nur solchen Staaten gewährt wird, welche nach ihrer eigenen inneren Verfassung eine Verbürgung der Gegenseitigkeit gewährleisten können. Die Resolution will ferner Verträge über die Auslieferung fremder Staatsangehöriger dem Reich vorbehalten und verlangt alsbaldige Kündigung der Auslieferungsverträge der Einzelstaaten.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Freis. Vp.): Der Königsberger Hochverratsprozeß hat in weiten Kreisen den Verdacht erweckt, daß hier eine Verquickung von Politik und Recht vorgekommen sei. Im preussischen Abgeordnetenhaus ist uns keineswegs genügende Aufklärung gegeben worden und der Verdacht ist noch nicht zerstreut. Nach untrüglicher Ueberzeugung hat sich durch diesen Prozeß die Staatsamoralität und das Recht in Königsberg und vor allem auch das preussische Justizministerium blamiert. (Stimme des Präsidenten.)

Präf. Graf Ballestrem: Sie dürfen von dem Ministerium eines Bundesstaates nicht sagen, daß es sich blamiert hat. (Lachen links.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen fortsetzend: Ich hoffe, durch die Tatsachen, die ich noch anführen werde, Ihnen zu zeigen, daß das Justizministerium sich blamiert hat. (Präf. Graf Ballestrem nicht mit dem Kopfe.) Mit dem Königsberger Prozeß hat die Regierung der äußersten Linken einen großen Dienst erwiesen, bei der gerade zu dieser Zeit manches nicht klappete. (Lachen b. d. Soz.) Schwere Fehler sind bei dem Verfahren gemacht worden. Eröffnungsbeschlüsse und Voruntersuchung charakterisieren sich als Scheinhandlungen. (Sehr richtig! b. d. Freis.) Die Verwendung gefälschter Uebersetzung und der Umstand, daß man nicht einmal ein russisches Strafgesetzbuch aufschlug, zeigt, mit wie unerhörtem Leichtsinne gewisse Handlungen gewisser Behörden vorgenommen sind. (Sehr richtig! b. d. Freis.) Daß man die Anklageschrift nicht vorlegte, war eine Gefährdung der Gerechtigkeit. (Sehr richtig! links.) Wie konnte in einem Falle, der geradezu von Weltbedeutung ist, mit einer solchen Oberflächlichkeit vorgegangen werden? Bei den Falschungsgeheimnissen sollte eigentlich der Reichsanwalt Rede und Antwort stehen. Wie konnte Deutschland sich eine derartige Behandlung von dem russischen Generalkonsul gefallen lassen? (Sehr richtig! links.)

Ist im Justizministerium die Frage der Gegenseitigkeit überhaupt nicht geprüft worden? Das halte ich für undenkbar. (Ranu! b. d. Soz.) Wertwürdigerweise sind der Referent des preussischen Justizministeriums und der russische Generalkonsul in den gleichen Fehler über die betreffenden Paragraphen des russischen Strafgesetzbuchs verfallen, so daß man beinahe auf den Gedanken kommen könnte, daß sie beide miteinander in Verbindung ständen. Auch der Urlaub des Referenten, der über eine so wichtige Sache zu berichten hatte, ist in einem derartig disziplinierten Staat wie Preußen äußerst merkwürdig; mußte doch selbst die russenfeindliche „Post“ hier einen Akt ungeheurer bürokratischer Schandensünden konstatieren. Auch daß ein blutjunger Assessor als Hilfsrichter herangezogen wurde, war eine offensichtliche Provokation des öffentlichen Rechtsbewußtseins. — Ich habe zwei Fragen an den Reichsanwalt zu richten: 1. Was denkst du gegen das Verfahren des kaiserlich-russischen Generalkonsuls in Königsberg zu tun? 2. Wie stellt er sich zur offensichtlichen Verhöhnung deutscher durch russische Gerichte, die sich weigern, die deutschen Verteidiger zuzulassen?

Die praktische Frage, die der Prozeß uns andrängt, ist die: wie können wir für die Zukunft einer Wiederholung solcher Fälle vorbeugen? Die Herren von der äußersten Linken verlangen einfach Streichung der § 102 und 103. Sie werden aber selbst nicht glauben, daß sich dafür eine Mehrheit im Reichstag finden wird. Unsere Anträge bedeuten auf alle Fälle, wenn sie angenommen werden, einen positiven Fortschritt; übrigens sind wir ja etwaigen Verbesserungsanträgen durchaus nicht abgeneigt. Die Annahme untrüglicher Urteile hindert wenigstens die Wiederkehr der standalösen Vorgänge in Königsberg und stellt Auslieferungsverträge unter die wirksame Kontrolle des Reichstags. Nach seinen gegenwärtigen Rechtszuständen kann Rußland überhaupt keine Gegenseitigkeit verbürgen. (Sehr richtig! links.) Können doch dort gelehrte Leute alle Gejeze illusorisch machen, wofür Professor v. Reupner geradezu typische Beispiele angeführt hat. Ich bemerke ausdrücklich gegenüber dem „Vorwärts“, daß wir den Abschluß von Gegenseitigkeitsverträgen als ausschließliche Reichsache betrachten, die der Genehmigung des Reichstags bedarf.

Zu engem Zusammenhang mit den Gegenseitigkeitsverträgen steht das Recht der Ausweisung bzw. Auslieferung fremder Staatsangehöriger. In juristischen Kreisen herrscht jetzt völlig die Ueberzeugung, daß die Fremdenpolizei, zumal sie zu internationalen Verbindungen führen kann, der Kontrolle des Reiches unterliegt. Hierbei ist doch, wie aus den vorjährigen Enthüllungen des Grafen Wilton hervorgeht, bei früheren Auslieferungen an Rußland Bismarck stets auf das politische Interesse. Die Materie verlangt also dringend reichsgesetzliche Regelung. — Der russisch-deutsche Auslieferungsvertrag von 1885 stellt ohne weiteres den Angeklagten dem Verurteilten gleich; die Handlung eines beliebigen russischen Prokurators genügt also, um die Auslieferung eines sich in Deutschland aufhaltenden Angeklagten zu erzwingen. (Hört, hört! links.) Das administrative Verfahren, das in Deutschland gegen Fremde eingeschlagen wird, hat beinahe russische Rechtszustände geschaffen (Sehr richtig! links); auf diesem Gebiete kann es gewiß nicht heißen: Preußen in Deutschland und Deutschland in der Welt voran! (Sehr gut! links.) Wohin soll es kommen, wenn Fremde längere Zeit in administrativer Haft gehalten werden können, bloß, um sie auszuweisen zu können. (Sehr gut! links.) Auf Grund wie wichtiger Dinge werden heute sogar Massenausweisungen vorgenommen! Wir wünschen, daß solche Massenausweisungen nur auf Grund besonderer Gefahr und Einzelausweisungen nur nach einem sorgfältigen Verfahren erfolgen sollen. (Sehr richtig! links.) Streit muß zwischen Ausweisung und Auslieferung unterschieden werden und Unmut darf unter keinen Umständen den Grund zur Ausweisung eines Fremden abgeben. (Sehr richtig! links.) — Preußen besitzt mit hundert andern Staaten, darunter mit den großen modernen Kulturstaaten Auslieferungsverträge. Zu allen wird die Auslieferung wegen politischer und auch nur relativ politischer Vergehen ausgeschlossen und wird das sogenannte Asylrecht gewahrt.

Ebenfalls gewahrt wird das Enumerationsprinzip, wonach die Vergehen, wegen deren ausgeliefert wird, aufgezählt werden müssen. Ganz anders sind die beiden Verträge Rußlands mit Preußen und Bayern vom Jahre 1885, während doch gerade gegenüber Rußland mit seinen unsicheren Rechtszuständen die Kontrolle über die Auslieferung noch verschärft sein sollte. (Beifall links.) Statt dessen genügt hier die bloße Umschreibung eines russischen Staatsangehörigen, um seine Auslieferung zu bewirken. (Hört, hört! links.) Damit werden

einfach alle Verurteilungen des modernen Völkerechts über den Kopf geworfen. Auch von national-liberaler und ultramontaner Seite ist im Abgeordnetenhaus eine Reform verlangt worden. Der konservative Abg. Vallaste hat dagegen den Vertrag von 1884 als den Grund für Preußens künftige Größe bezeichnet. (Große Heiterkeit links.) Nach diesem konservativen Herrn haben wir also die Errichtung des Deutschen Reiches nur der Großmütigkeit des damaligen Zaren zu danken. (Hört, hört! links.) Der bayerisch-preussische Vertrag hat auch in der Kammer der Reichsräte die heftigste Opposition gefunden Herr v. Hammerstein erklärt, daß unter seiner Amtsführung politische Flüchtlinge nicht ausgeliefert worden sind. Sie sind aber ausgewiesen worden, ohne daß man ihnen die Wahl der Grenze frei ließ. Wir verlangen, daß der Ausgewiesene unter allen Umständen die freie Wahl der Grenze hat. (Sehr gut! links.)

Essen, das kleine Essen, beklamt trotz der nahestehenden Beziehungen des Darmstädter und des Petersburger Hofes Preußen und Bayern durch seinen Vertrag mit Rußland vom Jahre 1889, der die Delikte genau aufzählt, eine Menge Rechtsgarantien bietet und das politische Asylrecht aufrechterhält. (Hört, hört! links.) Um noch einmal unsere Forderungen zusammenzufassen: Wir verlangen die Aufrechterhaltung des politischen Asylrechts, das Enumerationsprinzip und die Auslieferung nur auf Gerichtsbeschluss, sowie den Abschluß von Auslieferungsverträgen ausschließlich durch das Reich. Es handelt sich um eine kulturelle Frage allerersten Ranges, und so bitten wir denn im Interesse der Kultur das Haus, unsere Anträge anzunehmen. (Lebhafte Beifall links.)

Staatssekretär Dr. Lieberow: Nach meiner Meinung würde es gut sein, wenn sich der Reichstag auf die Beurteilung von Prozeß, die noch schweben, nicht einlassen würde. Ich kann nicht zugeben, daß Fehler von symptomatischer Bedeutung bei diesem Prozeß zutage getreten sind. (Widerspruch links.) Erst die Entscheidung des Reichsgerichts kann uns in die Lage setzen, zu beurteilen, ob der Prozeß zur Wahrung der Strafrechtsordnung Veranlassung gibt. (Von den weiteren Ausführungen des Staatssekretärs bleiben viele wegen der leisen Stimme des Redners auf der Tribüne unvernehmlich.) Sowie ich mich betrachte der Reichsanwalt die Gegenseitigkeit als auch von Rußland verbürgt. (Hört, hört! links.) Den Einzelstaaten ist das Recht, Gegenseitigkeitsverträge abzuschließen, durch die Reichsverfassung verbürgt; es kann ihnen nur durch Reichsverträge über die Auslieferung fremder Staatsangehöriger genommen werden. Der Reichsanwalt wird jedoch zur Abschließung solcher Verträge geneigt sein, wenn sie durch die deutschen Interessen gefördert werden. Bis dahin kann er nicht in die reichsverfassungsmäßig garantierten Rechte der Einzelstaaten eingreifen.

Abg. Lucas (natl.): Auf den Königsberger Prozeß will ich noch den ausführlichen Darlegungen des Kollegen Müller und den voraussetzlichen noch ausführlicheren Darlegungen des Kollegen Haase (Heiterkeit) nicht eingehen. Ein Aktenblatt der deutschen Rechtspflege bildet er jedenfalls nicht. Die Resolution Müller-Meinungen erscheint uns durchaus begründet. Die Paragraphen 102 und 103 sind in ihrer jetzigen Form auf die Dauer untragbar. Wohl verlangt das gemeinsame Interesse der Kulturstaaten, feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten zu bestrafen. Aber unter Interesse an der Kulturgemeinschaft braucht nicht größer zu sein, als das der befreundeten Staaten. (Sehr richtig! links.) Wir brauchen auf auswärtige Staaten Rücksicht nur in dem Maße zu nehmen, als in ihnen auf unsere Reichsangehörigen Rücksicht genommen wird. Die Ausführungen des Reichsjustizsekretärs können uns nicht bestimmen, der Resolution Müller-Meinungen unsere Zustimmung zu verjagen. (Beifall links.)

Abg. Haase (Soz.): Mit einer letzten Handbewegung glaubte der Reichsanwalt bei der ersten Etablierung über den Königsberger Prozeß hinweggehen zu können. Es handle sich nur um juristische Meinungsverschiedenheiten, meinte er. In dieselbe Kerbe hieb heute der Staatssekretär. Aber beide haben damit Unrecht gehabt. Als im Februar vorigen Jahres über den Akt noch volles Geheimnis lag, ritt auch der preussische Justizminister noch auf feinem Rosse led in die Arena des Abgeordnetenempfangs und schwang fähig die Waffen gegen die dort nicht anwesenden Sozialdemokraten. Bei der zweiten Interpellation im Abgeordnetenhaus über Königsberg, am 10. Dezember vorigen Jahres, ritt er freilich nur noch einen recht abgekehrten Klepper (Heiterkeit), um nach seinem eignen Ausdruck ein „Sündenbekenntnis“ abzulegen. Darüber später. Zunächst sei dem Reichsanwalt gegenüber festgestellt: Wenn je ein Prozeß symptomatisch war für Deutschland und die deutsche Rechtspflege, so war es dieser. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es handelt sich nicht um juristische Meinungsverschiedenheiten, sondern darum, wie ohne die geringste Gewissenhaftigkeit ein politischer Prozeß eingeleitet worden ist, wie unter Verletzung von Recht und Gesetz neun Angehörige des Deutschen Reiches monatelang in Untersuchung gehalten worden sind, wie die deutsche Regierung das absolute russische Reich angefleht hat, Strafantrag zu stellen und wie es von russischen Vertretern auf deutschem Boden die ärgste Verhöhnung deutscher Behörden ruhig hingenommen hat. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Im Februar v. J. hat der Justizminister zum Schaden der Angeklagten im Abgeordnetenhaus wiederholt behauptet, ein nicht unerheblicher Teil der von ihnen verbreiteten Schriften sei hochverräterisch, anarchisistischer Inhalts. Die Zitate, die er zum Beweise vortrug, waren so unvollständig, daß man den Eindruck gewinnen mußte, sie seien gefälscht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aber unter den Tausenden von beschlagnahmten Schriften war auch nicht eine anarchisistische. (Hört, hört!) Das hat die Staatsamoralität beim Prozeß offen eingeblutet und die Verteidigung erucht, im Plaidoyer diese Frage nicht erst zu behandeln, weil hochverräterische Schriften sicher nicht in der Masse vorhanden seien. (Hört, hört! links.) Reichsanwalt, der Justizminister, der Minister des Innern die Abgeordneten im Landtage und hier grübelig gemacht haben.

Gerade damals, im Februar, glaubte der Justizminister sich einen ausgezeichneten Abgang zu sichern, als er damit schloß, daß die Sozialdemokratie hier den Anarchismus fördere. Das machte Eindruck, weil gewisse Herren, wenn sie nur das Wort Anarchismus hören, sofort einer Sänftefahrt überlaufen werden und jede Uebersetzung verwerfen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aber weder der Staatsanwalt in Königsberg in der Anklageschrift, noch der Justizminister in seiner langen Rede vom 10. Dezember haben das Wort Anarchismus auch nur einmal gebraucht. Das Schreckgespenst war ein Phantom, das im Lichte der Öffentlichkeit des Prozesses zerfallen mußte. Und wie war es mit der zweiten Behauptung des Ministers, daß es sich um Schriften hochverräterischen Inhalts handle? Der Prozeß hat sich als Unwahrscheinlichkeit erwiesen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das Urteil betont: Die Ausführungen über die Notwendigkeit des Zarenmordes und einer gewaltthätigen Verfassungsänderung sind durchweg völlig allgemein und im wesentlichen theoretisch gehalten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Eine Verhöhnung oder eine Beleidigung daran kann aus den Schriften nicht abgeleitet werden. So das Gericht über die wenigen „bluttriefenden“ unter den Tausenden von Exemplaren, die übrigens rein historisch und nicht zur Verbreitung bestimmt waren.

Die Einleitung des Königsberger Prozesses ist um so ungeheuerlicher, als sowohl bei der Begründung des § 102 im Reichstag, als in der Meinung des Paragrafen lediglich für Kriegsfälle ins Auge gefaßt ist. Es ist nicht einem Menschen einzufallen, einen Deutschen damit treffen zu wollen, der bei der Verbreitung von Schriften, die nur nach ausländischen Gesetzen verboten sind, mitwirkt. Damals, 1876, betonte der Zentrumsredner Abg. Windthorst, daß nichts fataler wäre, als eine Verküpfung der Politik mit dem Strafrecht. Damals hatten die Herren vom Zentrum die Forderung von Waffen von deutschen Christen

an die ausländische christliche Bevölkerung der Türkei im Auge; dies handelt es sich nur um die Unterbreitung liberaler Propaganda und Wirksamkeit gegen russische Besatzungen. Ungerührt war keiner der Prozeß, weil nur einer der Angeklagten überhaupt ein paar Proben Russisch verstand. (Hört, hört! b. d. Sozialdemokraten.) — Aber da erklärt man, daß es auf den Jubel der einzelnen Christen gar nicht ankomme.

Die Angeklagten mußten lediglich von dem Inhalt der Schriften, die sozialdemokratisch, also nur im Sinne des russischen Reiches revolutionär waren. (Hört, hört! b. d. Soz.) Aber der Zulus eventualis trieb da eine Wille wie noch nie: Es ist gleichgültig, ob die einzelnen Angeklagten hochverräterische Schriften verbreitet hätten, wenn sie nur überhaupt dieser Gemeinschaft angehört haben, von der einige solche Schriften verbreitet hätten. Auch das Ansehen des deutschen Rechtszustandes nicht leiden, wenn so etwas geschieht? (Lebh. Beifall links.) Kann jemals hat sich ferner die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Verhältnisses schlimmer gezeigt. Die Geheimnisthätigkeit, die Zustimmungsstellung des Verteidigers usw. hat sich ganz arg erwiesen. Den Angeklagten sind weder die inkriminierten Schriften noch auch mit der Uebersetzung vorgelegt worden. (Hört, hört! links.) Als der letzte Verhandlungstag kam, stellte es sich heraus, daß während des ganzen Verfahrens den Angeklagten überhaupt kein Beweismaterial vorgelegt war! (Hört, hört! links.) Sonst hätte die Verteidigung überhaupt gleich im Anfang die Unhaltbarkeit der Anklage nachweisen können. Der Herr Staatssekretär bedauerte am 10. Dezember, daß sich die Staatsamoralität den authentischen Wortlaut des russischen Gesetzes nicht habe verschaffen können; — aber was nützte es, wenn wir die inkriminierten Schriften nicht kannten, und also nicht wußten, unter welchen Paragraphen sie fielen. — Aber nicht einmal die Verteidigung glaubte sich mit einer Uebersetzung begnügen zu dürfen.

Wir haben uns das gesamte Material verschafft und uns alle einschlägigen Paragraphen aus dem Russischen überlegen lassen. Was wir taten, hätten der Justizminister und der Staatsanwalt auch tun müssen. (Sehr richtig! b. d. Soz.), ehe sie die Angeklagten aus Beruf und Familie herausrißen und auf Monate ins Gefängnis setzten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auf gefälschten Uebersetzungen ergab sich der schwindelnde Bau dieses Meinenprozesses. Ungerührt geradezu war die Reichsjustiz unter Behörden; auf Grund falscher Uebersetzungen, die freilich das amtliche Siegel des russischen Generalkonsuls trug, ordnete der Staatsanwalt die Beschlagnahme der Schriften an! (Hört, hört! b. d. Soz.) Daß der Wortlaut entscheidender Gesetze von dem Generalkonsul in drei verschiedenen Uebersetzungen vorgelegt wurde, hätte die Staatsamoralität und das Justizministerium stutzig machen sollen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aber die Staatsamoralität, die sich selbst so gern als die objektivste Behörde bezeichnen läßt, nahm daran keinen Anstoß. Die verdammte Unacht und Schuldigkeit des Justizministers, der die amtlich überfahrene Ausgabe des russischen Strafgesetzbuchs kannte, wäre es gewesen, der Staatsamoralität klipp und klar zu sagen: Sie arbeiten mit falschen Paragraphen.

Jetzt schiebt man den Referenten vor, der seine Reise antreten wollte. Das Justizministerium konnte also nicht einmal einen Vertreter stellen! Den Verteidigern wurde zum Durcharbeiten einer Anklageschrift in 222 mit der Schreibmaschine gedruckten Seiten nur 5 Tage gegeben. (Große Unruhe b. d. Soz.) Einer der Verteidiger verlangte einen Monat und ist abschlägig beschieden worden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wenn die andern Verteidiger keine Beschwerde erhoben und bereit waren, die Mächte durchzuarbeiten, so beschloß, weil sie im Interesse der Angeklagten, von denen der eine bereits 8 Monate in der Untersuchungshaft gefessen hatte, die Verhandlung nicht noch weiter hinauschieben wollten. Ich habe noch nie erlebt, daß ein Gericht sich mit solcher Leichtfertigkeit über Tatsachen hinwegsetzte. Nur so konnte die Beurteilung in der Frage der Geheimnisthätigkeit erfolgt werden. Bezeichnenderweise war in dem ausführlichen Protokoll über die Anklage des Kriminalkommissars Wyner kein Wort zu finden. Nach dieser Anklage war der Polizei längst bekannt, daß Schriften von Königsberg aus nach Rußland verbreitet wurden. Es lag aber kein Grund zum Einschreiten vor, weil diese Schriften lediglich sozialdemokratischen Inhalts sind. Damit ist das ganze Märchen von der Geheimhaltung und Geheimbündelei vernichtet. Somit von Geheimnissen die Rede war, handelte es sich darum, die Schriften vor den russischen Spiegeln zu hüten, die unter der Befugnis der deutschen Behörden auf deutschem Boden herumgeschüffelt. Haben wir doch damit, daß diese Tatsache im Urteil nicht berücksichtigt worden ist, untrügliche Anfechtung desselben begründet.

Unerschrocken war, daß zum Vorkommen in diesem Prozeß ein Mann ernannt wurde, der erst ganz kurz vorher von dem Posten eines Staatsanwalts in Erfurt nach Königsberg versetzt war. Dabei war bekannt, daß dieser Herr in seiner Tätigkeit als Staatsanwalt die allerschärfsten Angriffe gegen die Sozialdemokratie gerichtet hatte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dieser Vorsprung fragte die Angeklagten, ob es ihnen nicht bekannt wäre, daß in der deutschen sozialdemokratischen Presse häufig Majestätsbeleidigungen verübt würden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Von der Verteidigung aufgefordert, solche sozialdemokratischen Missetaten zu nennen, lenkte er dann ein.

Es ist ganz klar, daß man aus hochpolitischen Erwägungen heraus Rußland mit dem Prozeß aus einem Ueberdruß ernennen wollte. Zum Dank für man den Rußland geradezu ein Fußstich regaliert worden. Auf Anfragen erfolgte weder eine noch Antwort. Die Vernehmung des Stubis verlief man nach wochenlanger Verzögerung der Antwort auf einen Termin. Der lange nach der sicheren Beendigung des Königsberger Prozesses lag. Hat man von deutscher Seite gegen diese schandlichen Vergehen irgendwie remonstriert. Hat man verlangt, daß der russische Generalkonsul aus Königsberg entfernt werde. Nein, man redet all den Schmutz ein. (Abg. Hebel: Pour le mérite!) und drückt sich noch als Repräsentant der nationalen Ehre.

Erst wird für die gesetzliche Revisionsfrage kein Grund angegeben und dann muß sie selbst wieder als Grund für einen Rücktritt verhandelt werden. Als weiterer Rücktritt gilt die Rede der russischen Grenze! (Große Heiterkeit im ganzen Hause.) Bei der Berechnung der Untersuchungshaft sind auch die größten Ungerechtigkeiten vorgekommen. Kaum lag 8 1/2 Monate in Untersuchungshaft, als man nach 8 Monaten im Gericht wußte, daß man Rußland wegen Hochverrats, sondern höchstens zu 3 Monaten verurteilen konnte, da wurde unter Antrag, ihn aus der Untersuchungshaft zu entlassen, trotzdem nicht angenommen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Rußland hat 5 1/2 Monate in Untersuchungshaft gefessen, aber es wurde ihm nur 1 1/2 Monate angerechnet. Als Grund dafür wird angegeben, daß die Angeklagten geeignet haben, jenem angeblichen Geheimnis angehört zu haben. den es in Wirklichkeit gar nicht gegeben hat. Dem Romagroschi wurde auch ein Soid daraus gebragt, daß er auf dem Postamt sich den Spag erlaubt hat zu sagen, für die Verfassungen seien die Schriften nicht. Ein Bericht über die wenigen „bluttriefenden“ Prüfungen angeblich hochverräterischer Schriften aufzuführen.

Als die Berichterstatter der bürgerlichen Blätter dieses alles miterlebt hatten, ging ein Schrei der Entrüstung durch die deutsche Lande, bis in das Zentrum und in die freisinnigen Kreise. Die konservativen Kreise sind ja auch in der Vergangenheit für Rechtebrüche der Regierung eingetreten. (Unruhe rechts, 1:55-ter Beifall links.) — Rußland befindet sich heute schon im Zustande der Revolution, an der nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Gebildeten und die Industriellen teilnehmen. Und für dieses Rußland legt man sich ins Zeug, wirft man sich in den Staub, läßt man sich Ohrfeigen geben, ohne mit der Wimper zu zucken! (Sehr richtig! links.) — Ein ab-

Schließendes Urteil kann erst gefällt werden, wenn das Urteil rechtskräftig sein wird. ...

Abg. Venzmann (Frei. Vp.): Obwohl wir einzelne Forderungen der Resolution für berechtigt halten, können wir für die Resolution im ganzen nicht eintreten. ...

Abg. Venzmann (Frei. Vp.): Der Staatssekretär hält die Stunde für ungeeignet, über einen schwebenden Prozeß zu verhandeln. ...

Abg. Venzmann (Frei. Vp.): Ich lege im Namen des Reichstages entschieden Verwahrung dagegen ein, daß hier in dieser Weise von einem Staate gesprochen wird. ...

Abg. Venzmann (Frei. Vp.): Ich habe nicht das Urteil im Königsberger Prozeß, sondern die Einleitung des Verfahrens als rechtswidrig bezeichnet. ...

Abg. Venzmann (Frei. Vp.): Ich habe nicht das Urteil im Königsberger Prozeß, sondern die Einleitung des Verfahrens als rechtswidrig bezeichnet. ...

Abg. Venzmann (Frei. Vp.): Ich habe nicht das Urteil im Königsberger Prozeß, sondern die Einleitung des Verfahrens als rechtswidrig bezeichnet. ...

Abg. Venzmann (Frei. Vp.): Ich habe nicht das Urteil im Königsberger Prozeß, sondern die Einleitung des Verfahrens als rechtswidrig bezeichnet. ...

Abg. Venzmann (Frei. Vp.): Ich habe nicht das Urteil im Königsberger Prozeß, sondern die Einleitung des Verfahrens als rechtswidrig bezeichnet. ...

Abg. Venzmann (Frei. Vp.): Ich habe nicht das Urteil im Königsberger Prozeß, sondern die Einleitung des Verfahrens als rechtswidrig bezeichnet. ...

Abg. Venzmann (Frei. Vp.): Ich habe nicht das Urteil im Königsberger Prozeß, sondern die Einleitung des Verfahrens als rechtswidrig bezeichnet. ...

Abg. Venzmann (Frei. Vp.): Ich habe nicht das Urteil im Königsberger Prozeß, sondern die Einleitung des Verfahrens als rechtswidrig bezeichnet. ...

Abg. Venzmann (Frei. Vp.): Ich habe nicht das Urteil im Königsberger Prozeß, sondern die Einleitung des Verfahrens als rechtswidrig bezeichnet. ...

Abg. Venzmann (Frei. Vp.): Ich habe nicht das Urteil im Königsberger Prozeß, sondern die Einleitung des Verfahrens als rechtswidrig bezeichnet. ...

Abg. Venzmann (Frei. Vp.): Ich habe nicht das Urteil im Königsberger Prozeß, sondern die Einleitung des Verfahrens als rechtswidrig bezeichnet. ...

Abg. Venzmann (Frei. Vp.): Ich habe nicht das Urteil im Königsberger Prozeß, sondern die Einleitung des Verfahrens als rechtswidrig bezeichnet. ...

gebend. Der „Vorwärts“ soll „wesentlich unwahr“ über vor- ...

Wir haben keinen Anlaß, die Redaktion des „Vorwärts“ gegen Anschuldigungen zu verteidigen, deren Gehässigkeit für die Parteigenossen ohne weiteres ersichtlich ist. ...

Nur die Behauptung, der „Vorwärts“ sei ein Blatt, „das statt seiner Bestimmung gemäß das prinzipienfeste Rückgrat der Partei zu sein, in jeder prinzipiellen Frage hin und her schwankt und für die politische und wissenschaftliche Entwicklung der Partei ...

Wir halten uns deshalb für verpflichtet, diese Gerabwürdigung der Gesamthaltung der Redaktion des „Vorwärts“ auf das nachdrücklichste zurückzuweisen und legen energische Verwahrung ein gegen die Form der Polemik, wie sie dem Genossen Wehring gegen die Redaktion des „Vorwärts“ beliebt. ...

Bei den Stadtherausdruckwahlen in Rüdorf erzielten in einem Bezirk in der zweiten Abteilung die bürgerlichen Kandidaten Lehnhardt und Guddowitsch je 79 Stimmen. ...

Parteiorganisationsrat gesucht. Die Parteigenossen im Reichstagswahlkreis Köln-Stadt und Köln-Land habe ihre beiden Parteiorganisationsräte in eine einzige verschmolzen. ...

Das Grab von Karl Marx. Die Breslauer „Volkswacht“ veröffentlicht die Zitierte eines Freundes aus London, der kürzlich das Grab von Karl Marx besucht. ...

Gewerkschaftsbewegung. Zur Warnung für Tischler und Maschinenarbeiter! Nach wochenlangem Verhandeln zwischen den beiderseitigen Organisationen ist am Dienstag endlich Frieden in Berlin geschlossen worden. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

St. Lorenz Markt, Siedeln, Neumarkt und Liebertsdorf. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Heberwachung von Bäckereien. Auf Grund von Material, welches seinerzeit der Verband der Bäckergehilfen veröffentlicht hatte, hatte das heftigste Ministerium durch die Gewerbeinspektoren Erhebungen im Großherzogtum über die Zustände im Bäckergewerbe anstellen lassen. ...

Aus der Parteibewegung.

Leipziger Volkszeitung kontra „Vorwärts“. Am heutigen „Vorwärts“ finden wir folgende Erklärung: In Nr. 285 der „Leipziger Volkszeitung“ vom 23. Dezember 1903 ist unter der Aufschrift „Eine Abwehr“ ein Artikel, unterzeichnet J. M. d. L. ...

Provinz und Umgegend.

Diebstahl, 12. Januar. (Gemeindevertreterversammlung.) Auf der Tagesordnung der am Freitag den 13. d. M. stattfindenden Sitzung steht folgendes: 1. Wie stellt sich die Gemeindevertretung zur Unterlegung des Herrn Landrats Betr. Gründung einer Volksbibliothek? ...

Diebstahl, 11. Januar. (Gründung eines national-liberalen Vereins.) Am letzten Sonntagabend wurde hier in einer im Gasthof zum Landhaus abgehaltenen Versammlung nach einem Referat des Generalsekretärs Braumann aus Magdeburg die Gründung eines national-liberalen Vereins beschlossen. ...

Klein-Otterleben, 12. Januar. (Parteiversammlung.) Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Sonntag den 14. Januar die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins stattfindet. ...

Artern, 10. Januar. (Arbeiterreville.) Im hiesigen Elektrizitätswerk kam der 30 Jahre alte Maschinenfeger Seyfarth in die Betriebsräder. Er wurde gänzlich zerstückelt und sofort getötet. ...

Mischerleben, 12. Januar. (Beim Rangieren getötet.) Auf dem hiesigen Bahnhof wollte am Dienstagabend der Hilfsweichensteller Hochmann beim Rangieren Wagen aneinander koppeln. ...

Biere, 11. Januar. (Das Wahlergebnis) können die Parteigenossen am 12. Januar, abends, im Lokal des Gastwirts Höhne erfahren. ...

Orfurt, 12. Januar. (Explosion.) Ein schweres Unglück ereignete sich im Gasthof von Gustav Halle im nahen Ruospleben. ...

Gommern, 12. Januar. (Eitlichkeitsverbrechen.) Am 11. d. M. wurde ein 11-jähriges Schulmädchen Anna Bräutigam aus Preßien, das sich auf dem Nachhausewege von der katholischen Schule in Gommern befand, ...

Halberstadt, 12. Januar. (Kartelligung) Heute am Donnerstagabend findet im Gewerkschaftshaus die erste Kartelligung im neuen Jahre statt zu welcher die neugewählten Delegierten zu erscheinen haben. ...

Halberstadt, 11. Januar. (Der Kartoffeln-Diebstahl in Zilly.) Am 14. April 1903 wurden in Zilly aus einer an der Chauffee stehenden Scheune 13 Sack Kartoffeln im Werte von 30 Mk. gestohlen. ...

Halle, 12. Januar. (Kindesmörderin.) Das Schwurgericht verurteilte am Dienstag gegen die 24 Jahre alte Arbeiterin Marie Anna Hermann aus Delitzsch, welche beschuldigt ist, in der Nacht zum 15. November in Delitzsch ihr Kind gleich nach der Geburt durch Erdroffeln getötet zu haben. ...

Nordhausen, 12. Januar. (Das Stadtparlament und die Festsitzung an den Kronenringen.) Gegen eine Stimme beschloß die letzte Stadtverordneten-Versammlung, sich an dem Hochfesttage der preussischen Städte für den Kronenringen zu beteiligen. ...

In letzteren Petitionen sind die ...
Anträge ...
Die ...
Die ...
Die ...

Die ...
Die ...
Die ...
Die ...
Die ...

Die ...
Die ...
Die ...
Die ...
Die ...

Die ...
Die ...
Die ...
Die ...
Die ...

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 10. Januar 1905.

(In einem Teile der gestrigen Nummer bereits mitgeteilt.)

Verurteilung ...
Die ...
Die ...

Die ...
Die ...
Die ...
Die ...
Die ...

Die ...
Die ...
Die ...
Die ...
Die ...

Sitzung vom 11. Januar 1905

Eine Freisprechung ...
Die ...
Die ...

Eine Rückfälligkeit ...
Die ...
Die ...

Kleinliche Rache ...
Die ...
Die ...

Diebstahl ...
Die ...
Die ...

Vermischte Nachrichten.

Winter und Frühling ...
Die ...
Die ...

Heber große Gehälter ...
Die ...
Die ...

Die ...
Die ...
Die ...
Die ...
Die ...

Bereine und Versammlungen.

Buchdrucker.

Die ...
Die ...
Die ...
Die ...
Die ...

Die ...
Die ...
Die ...
Die ...
Die ...

Die ...
Die ...
Die ...
Die ...
Die ...

Schneider.

Am 10. Januar tagte im ...
Die ...
Die ...
Die ...
Die ...

Marktberichte.

Magdeburg, Erbsen (gelbe, zum Kochen) 17,00—22,00.
Speisebohnen (weiße) 26,00—38,00. ...
Kartoffeln 7,00—8,00. ...
Weizen 8,00—9,50. ...
Roggen 1,68—1,10. ...
Hafer 1,20—1,40. ...
Schweinefleisch 1,20—1,40. ...
Kalbfleisch 1,30 bis 1,40. ...
Schmalz 1,20—1,40. ...
Speck (geräucherter) 1,40—1,60. ...
Butter 2,40—2,80. ...
Alles für 1 Kilogramm Eier für 60 Stück 4,60—5,20.

Brez-Kommission! Freitag

abend 8 1/2 Uhr. Sitzung bei Albert Vater, Knochenhauerufer 27-28.

Standesamt.

Magdeburg, 11. Januar.
Geburten: ...
Todesfälle: ...
Heirat: ...

Endenburg, 11. Januar.

Todesfälle: ...
Geburten: ...
Heirat: ...

Niederleben.

Geburten: ...
Todesfälle: ...
Heirat: ...

Schönebeck.

Geburten: ...
Todesfälle: ...
Heirat: ...

Stettin.

Geburten: ...
Todesfälle: ...
Heirat: ...

Warenhaus Gebr. Barasch

Vor Beginn der Inventur

Donnerstag
den 12. Januar
Freitag
den 13. Januar

Sonnabend
den 14. Januar
Sonntag
den 15. Januar

bringen wir

grössere Posten Waren zu ausserordentlich billigen Preisen zum Verkauf!

Porzellan

Porzellan

Ein Posten Kaffeekannen einzeln von Servicen bunt decoriert **45 Pf.** **Ein Posten Tassen** von Servicen bunt decoriert **12 Pf.**

ca. 3000 Stück Staubkämme schwarz und braun — zum Ausfuchen — **5 und 9 Pf.**

Ein Posten Milchkanne von Servicen bunt decoriert **18 Pf.** **Ein Posten Zuckerdosen** von Servicen bunt decoriert **22 Pf.**

- ca. 2400 Paar Tassen bunt decoriert, hohe und Schalenform, mit Goldrand **17 Pf.**
- ca. 7000 Paar Tassen hohe und Schalenform, mit Goldrand **14 Pf.**
- ca. 1800 Paar Portionstassen weiss gerippt **18 Pf.**
- ca. 2000 Stück Speiseteller feston, ausgeboigt tief und flach **19 Pf.**

- ca. 1200 Stück Speiseteller englisch gerippt, tief und flach **16 Pf.**
- ca. 1000 Stück Speiseteller mit kleinen Fehlern **8 Pf.**
- ca. 600 Stück Dessertteller bunt decoriert **12 Pf.**

- ca. 300 Stück Dessertteller mit Goldrand **11 Pf.**
- ca. 100 Stück Kaffee-Service bunt decoriert 9teilig 2.95 2.45 5teilig **95 Pf.**
- ca. 700 Stück Kaffeebecher bunt decoriert **9 Pf.**
- ca. 300 Stück Kuchenteller bunt decoriert, mit Goldverzierung **39 Pf.**

Ein Posten Noten zum Ausfuchen Serie I **48 Pf.**

Ein Posten Briefkassetten mit weißer oder farbiger Papierfüllung, zum Ausfuchen **42 Pf.**

Ein Posten Briefpapier 100 Bogen **16 Pf.**

Ein Posten Noten zum Ausfuchen Serie II **75 Pf.**

Ein Posten Buntel-Portemonnaies mit Innentasche u. Dachbügel **55 Pf.** **Ein Posten Uhren** gut gehend **1.25 Pf.**

Ein Posten Noten zum Ausfuchen Serie III **98 Pf.**

Holzwaren

- Fleischbretter ca. 25 36 52 59 cm lang **7 29 68 98 Pf.**
- Fleischbretter Ahorn ca. 48 53 cm lang **95 Pf.**
- Schinkenteller Plattform **7 Pf.**
- Messerputzbänke mit Gabel-Riemer **15 Pf.**

- Fleischklopper mit lackiertem Griff **26 Pf.**
- Quirlbretter 7 Loch **7 Pf.**
- Quirlbretter mit Zellenhalter **39 Pf.**
- Quirlgarnituren 9 teilig **95 Pf.** 7 teilig **33 Pf.**

- Topfdeckelhalter lackiert **39 35 22 Pf.**
- Stiefelzieher **5 Pf.**
- Servierbretter ca. 31 cm lang **39 Pf.**
- Messerkasten 3 teilig **65 Pf.**

Glas

- ca. 65 Stück Bier-Service bunt decoriert, Kanne u. 6 Becher **1.25 Pf.**
- ca. 2000 Stück Butterdosen mit Deckel **9 Pf.**
- ca. 600 Stück Römergläser geschliffen, zum Ausfuchen **35 u. 16 Pf.**
- ca. 1200 Stück Likörgläser geschliffen, zum Ausfuchen **9 Pf.**
- ca. 300 Stück Sturz-Karaffen Eismesser, mit Wassererglas **25 Pf.**
- ca. 100 Stück Wasserflaschen Eismesser **15 Pf.**
- ca. 4000 Stück Teebecher in Sand od. guillochiert **11 Pf.**

Emaile

- ca. 100 Stück Wasserkessel 16 18 28 cm Durchmess. **40 65 1.25 Pf.**
- ca. 100 Stück Salz- und Mehlmesten **38 Pf.**
- ca. 90 Stück Kaffeekannen gerade Form 10 11 12 13 cm Durchm. **25 35 42 48 Pf.**
- ca. 100 Stück Eimer 23 cm Durchmesser, bunt decoriert **1.10 Pf.**
- ca. 150 Stück Schmortöpfe 28 u. 30 cm Durchmesser. **92 1.10 Pf.**

Wirtschafts-Artikel

- Kohlenkasten vieredige Form, mit bunt decoriertem Deckel **1.75 Pf.**
- Geldkassetten Draht, mit Blecheinfaß **1.55 75 Pf.**
- Petroleumkannen mit Aufschrift, 1 Liter Inhalt **29 Pf.**
- Garnituren für Sand, Soda, Seife, lackiert, mit Aufschrift und Kausol **62 Pf.**
- Bürstenbleche lackiert, mit Bürsteneinrichtung **1.55 1.35 85 Pf.**
- Spiritus-Gaskocher „Ideal“ **28 Pf.**
- Glühstrümpfe Dugend **70 Pf.** **6 Pf.**

Bürsten-Garnituren Garnitur 85 **68 Pf.** **Handwaschbürsten** mit lackiertem Holz **16 9 Pf.**

ca. 2500 Stück Kinderbämme schwarz und braun — zum Ausfuchen — **9 und 14 Pf.**

Möbelbürsten **55 Pf.** **Kleiderbürsten** **18 Pf.**

Die angesammelten Reste und Coupons in Bändern, Spitzen, Posamenten, Kleiderstoffen, Läufertoffen etc.

werden ausserordentlich billig verkauft

Die „Vollstimme“ hat am Montag...
Die „Vollstimme“ hat am Montag...
Die „Vollstimme“ hat am Montag...

Die „Vollstimme“ vor Gericht. Der Redakteur...
Die „Vollstimme“ vor Gericht. Der Redakteur...
Die „Vollstimme“ vor Gericht...

Vorträge über gewerkschaftliche Nationalökonomie. Am Mittwoch wurde der Zyklus...
Vorträge über gewerkschaftliche Nationalökonomie. Am Mittwoch wurde der Zyklus...
Vorträge über gewerkschaftliche Nationalökonomie...

Ueber „unser größten Humanisten“ sprach am Mittwoch...
Ueber „unser größten Humanisten“ sprach am Mittwoch...
Ueber „unser größten Humanisten“...

Achtung, Modellstichter. Das Eisenhüttenwert...
Achtung, Modellstichter. Das Eisenhüttenwert...
Achtung, Modellstichter...

Der Mordfall in der Silberkammer in der Sternallee...
Der Mordfall in der Silberkammer in der Sternallee...
Der Mordfall in der Silberkammer...

Ein verschwandener Trainjockey. Am Mittwoch mittag...
Ein verschwandener Trainjockey. Am Mittwoch mittag...
Ein verschwandener Trainjockey...

Verurteilung eines Nahrungsmittelverfälschers. Der...
Verurteilung eines Nahrungsmittelverfälschers. Der...
Verurteilung eines Nahrungsmittelverfälschers...

Fall Lübecke-Wöttcher. Am 12. Oktober 1904...
Fall Lübecke-Wöttcher. Am 12. Oktober 1904...
Fall Lübecke-Wöttcher...

Ein neuer Trend-Becher. Bekanntlich hat das...
Ein neuer Trend-Becher. Bekanntlich hat das...
Ein neuer Trend-Becher...

Fiskus (Königsstraße). Direktor Max Sams...
Fiskus (Königsstraße). Direktor Max Sams...
Fiskus (Königsstraße)...

Kleine Chronik. Ein Rechtsanwalt verurteilt...
Kleine Chronik. Ein Rechtsanwalt verurteilt...
Kleine Chronik...

Verhafteter Arbeiter. Mittwoch abend wurde...
Verhafteter Arbeiter. Mittwoch abend wurde...
Verhafteter Arbeiter...

Mord und Blutschande. Von dem Schwurgericht...
Mord und Blutschande. Von dem Schwurgericht...
Mord und Blutschande...

Eine Typhus-Epidemie? Bei dem 1. Bataillon...
Eine Typhus-Epidemie? Bei dem 1. Bataillon...
Eine Typhus-Epidemie?

Kleine Tageschronik. Beim Schlittensahren...
Kleine Tageschronik. Beim Schlittensahren...
Kleine Tageschronik...

Letzte Nachrichten.

Der Krieg im Ruhrgebiet. (Eigener...)
Der Krieg im Ruhrgebiet. (Eigener...)
Der Krieg im Ruhrgebiet...

Dortmund, 12. Januar, 11.40 vormittags. Bis...
Dortmund, 12. Januar, 11.40 vormittags. Bis...
Dortmund, 12. Januar, 11.40 vormittags...

Bochum, 12. Januar. Die dem gestrigen...
Bochum, 12. Januar. Die dem gestrigen...
Bochum, 12. Januar...

Dortmund, 12. Januar. Der Eisenbahn...
Dortmund, 12. Januar. Der Eisenbahn...
Dortmund, 12. Januar...

Witten, 12. Januar. Die Witterer...
Witten, 12. Januar. Die Witterer...
Witten, 12. Januar...

Bruchhausen, 12. Januar. Die...
Bruchhausen, 12. Januar. Die...
Bruchhausen, 12. Januar...

Breslau, 12. Januar. Zum...
Breslau, 12. Januar. Zum...
Breslau, 12. Januar...

Wien, 12. Januar. Minister...
Wien, 12. Januar. Minister...
Wien, 12. Januar...

Belgrad, 12. Januar. Große...
Belgrad, 12. Januar. Große...
Belgrad, 12. Januar...

Paris, 12. Januar. Senats...
Paris, 12. Januar. Senats...
Paris, 12. Januar...

Belgrad, 12. Januar. Große...
Belgrad, 12. Januar. Große...
Belgrad, 12. Januar...

Vereins-Kalender. Turnverein „Vorwärts“...
Vereins-Kalender. Turnverein „Vorwärts“...
Vereins-Kalender...

H. Lublin

Inventur-Räumungs-Verkauf

Freitag
Sonnabend
Sonntag

8210 Paar Damen-, Herren- und Kinder-Handschuhe

- | | | | |
|---|---------------|---|---------------|
| ca. 750 Paar bunte Damen-Trikohandschuhe
in neuen schönen Mustern Wert 35 Pf., Paar | 20 Pf. | ca. 900 Paar Reinwollene Perltrikot-Damenhandschuhe
in farbig, schwarz und weiß Wert 45 Pf., Paar | 25 Pf. |
| ca. 650 Paar Trikot-Damenhandschuhe
mit angewebtem Futter und Druckverschluss in farbig und schwarz Wert 40 Pf., Paar | 25 Pf. | ca. 260 Paar gestricke Damenhandschuhe
in bunt gestreift und uni schwarz Wert bis 60 Pf., Paar | 30 Pf. |
| ca. 900 Paar Herren-Trikohandschuhe
mit angewebtem Futter und Druckverschluss, in farbig und schwarz Wert 40 Pf., Paar | 25 Pf. | ca. 700 Paar Trikot-Damenhandschuhe
mit Druckverschlüssen, in farbig, schwarz und weiß Wert bis 1,00, Paar | 37 Pf. |
| ca. 1700 Paar Herren-Krimmerhandschuhe
mit Lederbesatz und Plüschfutter Wert 95 Paar | 60 Pf. | ca. 750 Paar Kinder-Trikohandschuhe
bunt gemustert in allen Größen Wert 25 Pf., Paar | 15 Pf. |
| ca. 300 Paar Herren-Glacéhandschuhe
mit buntem Plüschfutter und Druckverschluss Paar | 90 Pf. | ca. 650 Paar Kinder-Krimmerhandschuhe
in allen Größen Wert 35 Paar | 25 Pf. |
| | | ca. 650 Paar Reinwollene buntgestreifte Kinderhandschuhe
reizende Muster, in allen Größen Wert 45 Paar | 25 Pf. |

Nie wiederkehrende Gelegenheit!

ca. **5000**
Pfund

16er Pa. Kammgarn
16er Pa. Eiderwolle
in schwarz, grau- und braunmelirt

1.80
Pfund

- | | | | | | |
|--|---------------|---|---------------|--|---------------|
| Ein Pöken Zuaven-Jäckchen
schwarz, Borderteil gemustert Wert bis 1,00
Inventurpreis | 50 Pf. | Ein Pöken Herren-Jagdwesten
gegrünt mit gemustertem Borderteil Wert 2,75
Inventurpreis | 1.80 | Ein Pöken Unterröcke aus Damentuch
hoher Bolant mit schwarz-weißer Lige garniert
Inventurpreis 1,25 und | 95 Pf. |
| Ein Pöken Zuaven-Jäckchen
Wolle mit Federgarn, farbig gemustert
Inventurpreis | 1.25 | Ein Pöken Herren-Jagdwesten
Prima Lual, Borderteil gemustert Wert 3,50
Inventurpreis | 2.25 | Ein Pöken Unterröcke aus schwarzem Satin
mit hohem gemustertem Bolant
Inventurpreis | 2.25 |
| Ein Pöken Zuaven-Jäckchen
Prima Zwergwolle, farbig gemustert, od. plattiert
Kammgarn, glatt gefärbt Inventurpreis | 1.50 | Ein Pöken Echarpes ca. 90x140
in hell- und dunkelfarbenen Mustern
Inventurpreis | 75 Pf. | Ein Pöken Unterröcke Moiré
schwarz und farbig, mit baumwollen Planelle
gefüttert
Inventurpreis | 3.00 |
| Ein Pöken Schutenhütchen für Kinder
in Blau - Sammet - Filz Wert bis 4,50
Inventurpreis | 1.00 | Ein Pöken Tellerhmützen
Garnierungen
Woll mit verschiedenen
Wert bis 1,50
Inventurpreis | 40 Pf. | | |